

Die Entwicklung des katholisch-konservativen Lagers in der Steiermark 1861 - 1874

Edith Marko-Stöckl*

1. Der steirische Klerus zwischen Restauration und Akkomodation

1.1. Konkordat und Kulturkampf

Als Reaktion auf die josephinische Kirchengesetzgebung, die den Priester in den Dienst des Staates gestellt hatte, war es in den zwanziger Jahren rund um den Redemptoristen Klemens Maria Hofbauer und einem Kreis norddeutscher Romantiker und Konvertiten (u.a. Adam Müller, Friedrich und Dorothea Schlegel) zur Ausbildung der katholischen Restaurationsbewegung im Sinne einer religiösen Erneuerung gekommen.¹ So entstammte diesem Kreis nicht nur der spätere Konkordatskardinal Rauscher, sondern auch der langjährige Seckauer Bischof Roman Zängerle (1824-1848),² der „zweite große Reformator der Steiermark“.³ Zängerle, der fast uneingeschränkt die kirchliche Restaurationsbewegung im Sinne des hl. Klemens Maria Hofbauer vertrat,⁴ hatte bei seinem Amtsantritt mit starken josephinischen Strömungen⁵ in seiner Diözese zu kämpfen.⁶ Mit der Gründung der beiden (später vereinten) Knabenseminarien „Carolinum-Augustineum“⁷ für die Diözesen Graz-Seckau und Leoben⁸ behob Zängerle nicht nur

* Der hier vorgelegte Beitrag ist Teilergebnis eines im Rahmen und vom Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung durchgeführten und unterstützten Forschungsprojekts unter der Leitung von Univ.-Prof. Alfred Ableitinger.

¹ Vgl. dazu Rudolf T i l l , Hofbauer und sein Kreis, Wien 1955; Eduard W i n t e r , Romantismus, Restauration und Frühliberalismus im österreichischen Vormärz, Wien 1968; Josef W o d k a , Kirche in Österreich, Wien 1959, 310ff; Georg F r a n z , Kulturkampf. Staat und katholische Kirche in Mitteleuropa von der Säkularisation bis zum Abschluß des preußischen Kulturkampfes, München o.J., 30f; Ortwin H e i m , Die katholischen Vereine im deutschsprachigen Österreich 1848-1855, Wien - Salzburg 1990, 21f.

² Zu Bischof Zängerle s.: Ägidius L e i p o l d , Roman Franz Xaver Z ä n g e r l e (1824-1848) in: Karl A m o n (Hg.), Die Bischöfe von Graz-Seckau, 1218-1968, Graz 1969, 405-420; Ägidius L e i p o l d , Roman Sebastian Zängerle, in: Erwin G a t z (Hg.), Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder 1785/1803 bis 1945, Berlin 1983, 829-832.

³ L e i p o l d , Zängerle, in: A m o n , Bischöfe, 407.

⁴ Zängerle galt als persönlicher Freund Hofbauers. Vgl. W i n t e r , Romantismus, 128.

⁵ So etwa zwei seiner Vorgänger, die Bischöfe Josef Philipp Franz Graf von Spaur (1763-1779) und Josef Adam Graf Arco (1780-1802). Vgl. W o d k a , Kirche, 302.

⁶ W o d k a , Kirche, 323.

⁷ August J a n i s c h , Von der Studierstube bis zum Seminar und Gymnasium heute, in: Josef J a m n i g (Hg.), 150 Jahre Bischöfliches Seminar in Graz, Graz o.J. (1980) 42-84.

⁸ Die Diözese Leoben wurde auf Anregung Josephs II. 1786 vom Salzburger Erzbischof Graf

den akuten Priestermangel in seiner Diözese: eine Vielzahl im Sinne der katholischen Restaurationsbewegung ausgebildeter Kapläne und Priester ergab nicht nur ein reiches Reservoir für die seelsorgerische Arbeit, sondern bildete die (organisatorische und persönliche) Grundlage für die in den späten sechziger Jahren sich ausbildende katholische Massenbewegung. In unzähligen Visitationen hatte sich Zängerle einen Überblick über den großteils noch den josephinischen Generalseminarien entstammenden älteren Klerus verschafft. Zu dessen Erneuerung wurden ab 1838 wieder Priesterexerzitien abgehalten.⁹ Bis zu seinem Tod im April 1848, inmitten der Revolutionswirren,¹⁰ war es Zängerle gelungen, den Großteil des steirischen Klerus zu „bekehren“.

Mit dem Konkordat vom 18. August 1855 kam es zum Bündnis von Thron und Altar.¹¹ Während man sich staatlicherseits von diesem Schritt nicht nur eine Entspannung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche erwartete, sondern in der Kirche nach dem Schock der Revolution von 1848 auch den geeigneten konservativen, antirevolutionären Bündnispartner zu finden hoffte, profitierte in der Realität v.a. die Kirche, die sich damit nun endgültig von den josephinischen Fesseln befreien konnte, von diesem Vertrag. Der erste Schritt dazu waren die kirchenpolitischen Verordnungen vom April 1850, die nicht nur die Aufgabe des „placetum regium“¹² beinhalteten, sondern den Bischöfen u.a. auch die geistliche Gerichtsbarkeit, die bischöfliche Unterrichtsgenehmigung für katholische Religionslehrer und die ausschließlich bischöfliche Leitung der Erziehung des Priesternachwuchses übertrugen. Kultus- und Unterrichtsminister Thun hatte damit bei Kaiser Franz Joseph jene Forderungen durchgesetzt, die der spätere „Konkordatskardinal“ und ehemalige Lehrer des Kaisers, Rauscher, bereits 1849 für die Bischofskonferenz formuliert hatte. Drei Bestimmungen des 36. Artikel umfassenden Konkordats,¹³ nämlich die Vormachtstellung der katholischen Kirche in Österreich gegenüber allen anderen Religionen, v.a. aber die Übertragung der Schulaufsicht und des Ehrechts in die kirchliche Gewalt, wurden in den sechziger Jahren zu den Hauptthemen des „Kulturkampfes“ in Österreich.

Der nach der militärischen und damit auch politischen und finanziellen Niederlage des neoabsolutistischen Regimes endgültig notwendig gewordene Kurswechsel der österreichischen Politik in Richtung konstitutioneller Verhältnisse brachte auf der Grundlage des Februarpatents von 1861 das liberale Besitzbürgertum an die Macht. Bereits wenige Wochen nach diesem Systemwechsel wurde im April 1861 mit dem Protestantentpatent der erste Schritt zur Aushöhlung des Konkordats gesetzt. Einen weiteren Schritt in diese Richtung stellte die Dezemberverfassung von 1867 dar,¹⁴ v.a. das Staatsgrund-

Colloredo eingerichtet und umfaßte das Gebiet der politischen Kreise Judenburg und Bruck. 1808 wurde die Administration der Diözese dem Bischof von Graz-Seckau übertragen. 1859 kam es zur Vereinigung der beiden steirischen Bistümer. Vgl. Brigitte Selenkoschek, Alexander Franz Joseph Graf Engl von und zu Wagrain, in: *Amon, Bischöfe*, 388-398.

⁹ Eduard Hosp, *Kirche Österreichs im Vormärz 1815-1850*, Wien-München 1971, 92f.

¹⁰ F.A. Gatti, *Die Ereignisse des Jahres 1848 in der Steiermark*, Graz 1850, 171.

¹¹ Zu Konkordat und „Kulturkampf“ vgl. v.a.: Franz, *Kulturkampf*, bes. 61-154; Karl Vocelka, *Verfassung oder Konkordat? Der publizistische und politische Kampf der österreichischen Liberalen um die Religionsgesetze des Jahres 1868*, Wien 1868 mit umfassenden Literaturangaben.

¹² Seit Joseph II. war der bischöfliche Briefverkehr mit Rom an eine kaiserliche Erlaubnis gebunden.

¹³ Sowohl im lateinischen Original als auch deutscher Übersetzung abgedruckt in: *Vocelka, Verfassung*, 180ff.

¹⁴ Vgl. dazu bes. Gerald Stourzh, *Die österreichische Dezemberverfassung von 1867*, in: *ÖGL 12* (1968), 1-16.

gesetz „über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger“,¹⁵ da durch die hier normierte Gleichstellung aller Staatsbürger vor dem Gesetz die im Konkordat festgelegten „Vorrechte“ der katholischen Kirche endgültig fielen. Weitere grundlegende Bestimmungen der Dezemberverfassung, die direkt das Konkordat konterkarierten, betrafen die Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie die staatliche Schulaufsicht. Den Höhepunkt dieses Kampfes bildeten schließlich die Maigesetze über Ehe, Schule und interkonfessionelle Beziehungen,¹⁶ die vom Papst verdammt „leges infandae“¹⁷ sowie das Reichsvolksschulgesetz von 1869¹⁸. Die formelle Kündigung des Konkordats am 18. Juli 1871 vor dem Hintergrund des päpstlichen Unfehlbarkeitsdogmas setzte nur mehr den formalen Schlußpunkt der 1861 mit dem Beginn der liberalen Ära eingeleiteten Entwicklung.

1.2. Die politische Rolle der Bischöfe

Nach einer fast einjährigen, revolutionsbedingten Vakanz nach Zängerles Tod wurde 1849 ein weiterer Hofbauer-Schüler zum Seckauer Bischof ernannt: Josef Othmar von Rauscher, der aber schon nach vier Jahren zum Erzbischof von Wien berufen wurde.¹⁹ Mit Ottokar Maria Graf Attems wurde 1853 nicht nur eine der einflußreichsten Familien der Steiermark entstammende Persönlichkeit in dieses Amt berufen,²⁰ vielmehr kam es unter Attems zu einer kirchenpolitischen Kurskorrektur. So vereinigten sich in Attems Person sowohl die Ideen der kirchlichen Restaurationsbewegung (v.a. was seine pastoralen Bemühungen, selbst gegen behördliche Anordnungen anbelangt²¹), als auch die des ausklingenden Josephinismus, indem er v.a. ab 1861 immer wieder seine Loyalität zu Staat, Regierung und Verfassung unter Beweis stellte. Gerade in diesen staatsrechtlichen Fragen stieß Attems auf heftigen Widerstand von Teilen seines eigenen Diözesanklerus, der durch das mehr als zwanzigjährige Wirken von Bischof Zängerle beinahe uneingeschränkt die kirchliche Restaurationsbewegung im Sinne Hofbauers vertrat.

Während Attems 1861 das Februarpatent aufrichtig begrüßte,²² stand ein Teil des Diözesanklerus diesem daher kritisch, wenn nicht sogar ablehnend gegenüber. Dies zeigt etwa Attems Hirtenbrief „Zur Orientierung in Bezug auf die österreichische Ver-

¹⁵ Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867, RGBl. 142.

¹⁶ RGBl. 47, 38 und 49/1868. Abgedruckt bei Vocelka, *Verfassung*, 196ff.

¹⁷ Ansprache Pius IX. an die Bischöfe:

„Ihr sehet mithin, ehrwürdige Brüder, wie *verwerflich und verdammswerth jene von der österreichischen Regierung erlassenen, abscheulichen* (abominabiles) *Gesetze sind*, welche die Lehre der katholischen Kirche, ihre ehrwürdigen Rechte, ihre Autorität und göttliche Construction, sowie die Gewalt des Apostolischen Stuhles, ja selbst das Naturrecht aufs äußerste verletzen. [...] *kraft unserer apostolischen Autorität verwerfen und verdammen wir die angeführten Gesetze im Allgemeinen wie im Besonderen* [...]. Zit.n. Gustav Kolmer, *Parlament und Verfassung in Oesterreich*, Bd. I, Wien-Leipzig 1902, 328.

¹⁸ Gesetz vom 14. Mai 1869, RGBl. 62.

¹⁹ Ägyd Leopold, Josef IV. Othmar von Rauscher, in: *Amon, Bischöfe*, 421-426.

²⁰ Franz Ilwof, *Die Grafen von Attems Freiherrn von Heiligenkreuz in ihrem Wirken in und für die Steiermark*, in: *Forschungen zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte*, Bd.2/1, 1897; Ägyd Leopold, Ottokar Maria Graf Attems, in: *Gatz, Bischöfe*, 18f; ders., Ottokar Maria Graf von Attems (1853-1867), in: *Amon, Bischöfe*, 428-438.

²¹ So etwa als 1846 die Abhaltung von „Volksexerzitien“ vom Gubernium verboten wurde und Attems, noch als Dechant von Pöls, diese schließlich doch unter dem Titel „Osterbeichtunterricht“ durchführte. Vgl. Leopold, Attems, in: *Amon, Bischöfe*, 430.

²² *Kirchliches Verordnungs-Blatt (KVB)*, 1861/4.

fassung²³ aus dem Jahre 1862. Attems beruft sich darin auf „ämtliche Mittheilungen“, die von einem „Mangel verfassungsfreundlicher Gesinnung“ bei Teilen des Diözesanklerus berichten. Seiner Ansicht nach könne es aber weder in religiöser („[...] weil Jesus Christus seine Kirche mit dem Charakter der Universalität begabt hat, so daß sie neben absolutistischen, aber auch den freiesten Verfassungen bestehen kann“), noch politischer Hinsicht Gründe geben, „warum der Priester als solcher der Verfassung abhold sein sollte“. Für Attems ist der Kaiser der absolute Garant dafür, daß in die Februarverfassung nichts aufgenommen wurde, „was der katholischen Religion und Kirche feindlich entgegen stände,“ ebenso wie er allen Gesetzesentwürfen zur Einführung der Zivilehe, der Trennung von Kirche und Schule sowie der Mißachtung des Konkordats die Sanktion verweigern würde. Selbst die (wenigen) anläßlich der Gemeinde- und Landtagswahlen des Jahres 1861 vorgekommenen Agitationen gegen die Wahl von Geistlichen könnten und müßten von diesen mit der „Bürger- und Christenpflicht“ erduldet werden.²⁴ Ebenso zerstreut er Bedenken der Priesterschaft gegen die „verfassungsmäßige Rede- und Preßfreiheit“.²⁵

Zu einem ersten offenen, wenn auch nur vereinzelt auftretenden Widerstand des v.a. jungen Klerus gegen die liberale Verfassung kam es 1862 anläßlich der Feierlichkeiten zum Jahrestag des Februarpatents. Wie in Wien wurden in fast allen steirischen Bezirksstädten (z.B. in Leibnitz, Mariazell, Aussee, Judenburg und Murau) Verfassungsfeierlichkeiten abgehalten.²⁶ Einige wenige Kapläne und Pfarrer weigerten sich aus diesem Anlaß, einen Dankgottesdienst mit Te Deum überhaupt abzuhalten²⁷ oder dabei zu assistieren.²⁸ Die ablehnende Haltung des Kaplans von Rottenmann, v.a. seine Erklärung, daß das Te Deum unterbleiben müsse, veranlaßte schließlich die Statthalterei dazu, Bischof Attems zu einer Versetzung des Kaplans („einen gebürtigen Ungar aus Eisenstadt“) aufzufordern, um damit Konflikte „mit der loyalen Bevölkerung“ zu verhindern.²⁹ Attems lehnte aber sowohl eine Versetzung des Kaplans als auch die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen diesen ab, da „ich es für eine verfehlte Maßnahme ansehen müßte, Jemanden wegen seiner politischen Gesinnung, solange dieselbe innerhalb der Schranken des Gesetzes zu Tage tritt, zu strafen [...]“.³⁰ Obwohl Attems die

²³ KVB 1862/5.

²⁴ „[...] wenn nun solche Vorgänge einigermassen geeignet sind, den Clerus wider die Verfassung einzunehmen, so müssen wir denn doch zwei Pflichten wohl beachten, erstens die Bürgerpflicht, Anfeindungen unseres Standes nicht der Verfassung selbst zur Last zu legen, da ja in einem absoluten Staate Aehnliches auch geschehen könnte, wenn seine Machthaber dem Clerus abgeneigt wären, - zweitens die Christenpflicht [...]“ KVB 5/1862.

²⁵ „Ohnehin ist nicht so sehr das von Uebel, daß verkehrte Meinungen *ausgesprochen*, sondern daß dieselben *gehegt* werden, und wie nicht selten gerade das Zurückdrängen der Krankheit Schuld ist, daß dieselbe krebbsartig weiter frißt, eben so wäre vielleicht die Abneigung gegen kirchliche Institutionen u. d. gl. niemals so weit gediehen, wenn es gestattet gewesen wäre, sich auszusprechen [...]“ KVB 5/1862.

²⁶ Stmk. LAA Statth.Präs. 23-770/1861.

²⁷ Selbst Bischof Zängerle hatte am 22. März 1848 einen feierlichen Gottesdienst anläßlich der Erlassung der Verfassung angeordnet. Vgl. Heinz Eberdorfer, Das österreichische Gymnasium im Vormärz im Spannungsfeld von Kirche und Staat. Dargestellt an den Bemühungen Fürstbischof Zängerles um ein zweites Grazer Gymnasium, in: Geschichte und Gegenwart, 3/1984, 228.

²⁸ So war der Pfarrer von Weizberg zur Abhaltung des Dankgottesdienstes mit Te Deum erst nach Erlaubnis (oder Auftrag ?) durch die kirchliche Behörde bereit. Statth.Präs. 23-770/1861: 590/1862.

²⁹ Statth.Präs. 23-770/1861: 658/1862.

³⁰ Statth.Präs. 23-770/1861: 9115/1862.

Verfassung immer wieder auch gegen seinen Klerus verteidigt hatte, stimmte er 1865 im steirischen Landtag gemeinsam mit den slowenischen Abgeordneten gegen die liberale Protestadresse zur Sistierung der Verfassung.³¹

Im Unterschied zu seinem politisch ungleich aktiveren Nachfolger Zwerger, der in seiner langen Amtszeit jedoch kein einziges Mal im Landtag das Wort ergriff,³² beteiligte sich Attems aktiv an einer Reihe von Landtagsdebatten. Großes Aufsehen erregte 1863 seine Wortmeldung zum Kirchenconcurrenzgesetz, in der er öffentlich, wenn auch vorsichtige Kritik am Konkordat äußerte.³³ Da die Gemeinden durch dieses Gesetz zur Erhaltung der katholische Kirchen- und Pfarrbauten beizutragen hatten, wurde ihnen auch Einflußnahme auf die Gebarung des Kirchenvermögens gegeben, eine Bestimmung die eindeutig gegen Artikel XXX. des Konkordats verstieß. Attems hatte an der Ausarbeitung des Ausschußentwurfs, der weit über den Regierungsentwurf hinausging, persönlich mitgearbeitet, wobei besonders die Einführung des „Concurrenzcomités“ auf seine Initiative hin erfolgte.³⁴ Attems (vorsichtige) Kritik am Konkordat überraschte sogar die liberalen Blätter („Tagespost“³⁵ und „Telegraf“)³⁶, aber auch die offizielle „Grazer Zeitung“.³⁷ Obwohl Attems bei aller vorsichtigen Kritik ganz eindeutig die Notwendigkeit eines Konkordats betont hatte, sah er sich schließlich zu einer teilweisen Rücknahme seiner Aussage, bzw. einer Quasi-Entschuldigung veranlaßt.³⁸ Aber schon

³¹ „Es ist wohl nicht zu läugnen, daß die Zustände der Reichsvertretung schon sehr unerquicklich geworden sind. Obwohl der Verfassungsbau ein sehr schöner war und mit voller Begeisterung angenommen wurde - und ich selbst habe ihm mit Freuden beigestimmt - so hat es sich doch gezeigt, daß er nicht ausführbar gewesen ist. Es war Raum darin für alle Völker, für alle Länder des österreichischen Kaiserstaates, allein gleich vom Anfang an sind die Vertreter einiger Länder ausgeblieben, und späterhin haben sich die Vertreter anderer Länder nach und nach immer mehr verloren, so daß wirklich schon die Besorgniß wach wurde, der Reichsrath werde von selbst verschwinden.“
Stmk.LT, Sten.Prot. 5.Sitzung am 2.Dezember 1865, 53.

³² Vgl. Julius Kratochwill, General-Index zu den stenographischen Protokollen der steiermärkischen Landtage für die Jahre 1861-1889, Graz 1892.

³³ „Ich will damit nicht gesagt haben, daß ich ein besonderer Lobredner, ein *Verfechter* des *dermal geschlossenen* Concordates bin (Bravo ! Bravo ! Sehr gut !), aber ich werde *nie* dafür sein, daß es einseitig aufgehoben werde, weil es geschlossen ist, [...] ; aber die *Nothwendigkeit* ist nicht zu leugnen, daß eines vorhanden sein müsse [...], den sonst geschehen Uebergriffe von beiden Seiten, Reibungen, Conflicte, die nie angenehm sind.“
Stmk.LT, Sten.Prot. 34.Sitzung am 30.März 1863, 798.

³⁴ Gehörten mehrere Ortsgemeinden zu einer Kirche, so war ein diesbezügliches Comité einzurichten, das von allen wahlberechtigten Pfarrinsassen auf drei Jahre zu wählen war.

³⁵ „Wer die Verhältnisse des Sprechenden kennt, der weiß zwar, daß Graf Attems zu jenen Kirchenfürsten zählt, welche das Concordat bisher nie auf eine belästigende Weise durchführten, er weiß aber auch, daß derselbe den Geist und Standpunkt des Concordats gleich andern seiner Collegen zur Befestigung seiner kirchlichen Machtstellung benützte. Um so größer war daher das Erstaunen aller Eingeweihten, [...]“
Tagespost, Nr. 87(A), 18.4.1863.

³⁶ „Eine Bestimmung von großer prinzipieller Bedeutung, an Liberalismus weit die vom Ausschusse beantragte Fassung überragend, wurde über Antrag des *Fürstbischofs v. Seckau*, entgegen dem vorgelegten [Regierungs-] Entwurfe, vom Landtage adoptiert.“ Telegraf, Nr. 79, 31.3.1863.

³⁷ „Um aber von diesem Thema auf das Concordat hinüberzuspringen, lag - sachlich wenigstens - keine Veranlassung vor.“ Grazer Zeitung, Nr. 72, 31.3.1863.

³⁸ Zuschrift von Bischof Attems an die Redaktion des „Vaterland“: „Allerdings habe ich in der Hitze der Rede die Aeußerung gethan, daß ich kein besonderer Lobredner, kein Verfechter des Konkordates bin, aber ich glaube, daß der Eindruck dieser Worte wohl sehr gemildert wird, wenn sie in Verbindung mit dem Vor- und Nachstehenden gebracht werden, und jedenfalls war ich weit entfernt, mit dieser Aeußerung einen Angriff auf das Konkordat zu machen, oder auch nur einen Tadel zu beabsichtigen.“ Zit.n. Tagespost, Nr. 85(A), 8.4.1863.

wenige Wochen später, in seinem „Pfingst-Hirtenbrief“ vom 30. Mai 1863 mit dem Titel „Ueber das Verhältniß zwischen Kirche und Staat mit Rücksicht auf die unter ihnen geschlossenen Verträge“ ging Attems neuerlich auf die Konkordatsdiskussion ein.³⁹ Wenn auch Attems in diesem Hirtenbrief nicht die geringste Kritik am Konkordat anklingen läßt, ja einleitend sogar „vereinzelte Vorzeichen neuer Stürme auf die Stellung der katholischen Kirche in Oesterreich“ feststellt und die von liberaler Seite geäußerte Kritik zu entkräften versucht, schließt er abschließend dennoch die Möglichkeit und sogar Notwendigkeit einzelner Modifikationen nicht völlig aus, allerdings nur durch Verhandlungen zwischen den beiden Vertragspartnern. Bereits 1855 hatte Attems in einem Brief an den Salzburger Erzbischof Tarnoczy⁴⁰ seine Skepsis dem eben erst abgeschlossenen Konkordat gegenüber zum Ausdruck gebracht, v.a. befürchtete er eine zu starke Integration der Kirche in das Kaisertum.⁴¹ Nachdem 1861/62 die Liberalen im Reichstag, geführt von Mühlfeld, einen ersten Ansturm auf das Konkordat unternommen hatten,⁴² mußte gerade Attems' Äußerung für Aufregung im katholischen Lager sorgen. So ist es wohl auch zu verstehen, daß Attems seine Quasi-Entschuldigung an das Wiener „Vaterland“, Leo Thuns Organ, richtete. Selbst der (allerdings schon 1862 verstorbene) Lavanter Bischof Anton Martin Slomšek,⁴³ der sonst kaum politisch in Erscheinung getreten war, reagierte heftig auf diese erste Welle liberaler Angriffe auf das Konkordat. In seinem Hirtenbrief vom Juni 1862 erklärte er, für die vom Heiligen Geist verlassen Abgeordneten beten zu wollen, da diese vom bösen Geist, der aus der Hölle komme, erfaßt seien.⁴⁴

Die von den Liberalen seit 1867 verstärkt geführte Konkordatsdiskussion führte wie in den meisten Kronländern (mit Ausnahme Tirols und Vorarlbergs, wo die Katholisch-Konservativen seit 1861 die Mehrheit im Landtag hatten) auch in der Steiermark zur erstmaligen gezielten politischen Artikulation katholisch-konservativer Kreise und in Folge dessen zur Ausformung einer politischen katholisch-konservativen Bewegung. Wie in keinem anderen Kronland ist in der Steiermark diese Entwicklung von dem personellen Wechsel an der Spitze der Diözese Graz-Seckau gekennzeichnet.

Ottokar Maria Graf Attems, der eine offene, politische Parteinahme des Klerus verhindert hatte, starb im April 1867, nur wenige Wochen vor dem „liberalen Generalangriff“ auf das Konkordat. Die von der liberalen „Tagespost“ in ihrem Nachruf auf Bischof Attems ausgesprochene Hoffnung auf einen ähnlich „freimüthigen“ Nachfolger ging nicht in Erfüllung.⁴⁵ Sein Nachfolger, der einer Südtiroler Kleinbauernfamilie

³⁹ KVB, 1863/5.

⁴⁰ Zu Salzburg vgl. Hanns Haas, Salzburg in der Habsburgermonarchie, in: Heinz Dopsch / Hans Spatzenecker (Hg.), Geschichte Salzburgs, Bd.2/2, Salzburg 1988, 661ff.

⁴¹ Vgl. Leopold, Attems, in: Gatz, Bischöfe, 18f.

⁴² Zur Konkordatsdiskussion s. v.a. Vocelka, Verfassung; weiters Kolmer, Bd. I, 120f; FRANZ, Liberalismus, 422ff.

⁴³ 1846-1862 Fürstbischof von Lavant. Als Förderer der slowenischen Sprache gründete er 1851 die Hermagorus-Gesellschaft zur Herausgabe slowenischer Bücher. Slomšek, der auch als Bischof sowohl in deutsch als auch slowenisch predigte, warnte stets vor nationalistischen Tendenzen. 1858 wurden durch eine Neuregulierung der Bistumsgrenzen die untersteirischen Dekanate von der Seckauer Diözese abgetrennt und der Marburg-Lavant angeschlossen, deren Bischofssitz nun von St. Andrá in Kärnten nach Marburg verlegt wurde. Vgl. France M. Dolinar, Slomšek, Anton Maria, in: Gatz, Bischöfe, 708ff.

⁴⁴ Vgl. Kolmer, Bd. I, 121.

⁴⁵ „Graf Attems war ein herzenguter, milder Kirchenfürst. Im steirischen Landtag hat er einen Ausspruch über das Concordat gethan, welcher seinerzeit wegen seines Freimuths vielfach besprochen wurde. Sein Nachfolger sei dem verblichenen Bischof an Herzensvorzügen ebenbürtig und sei eben so wenig Fanatiker, als es der Hingeschiedene gewesen.“ Tagespost, Nr. 87, 16.4.1867.

entstammende Johannes Zwerger, galt als einer der extremsten Vertreter der „ecclesia militans“ im Kampf gegen die liberale Kirchenpolitik.⁴⁶ Zwerger⁴⁷ hatte in den vierziger und fünfziger Jahren am Brixener Priesterseminar, einem Bollwerk gegen den Josephinismus studiert,⁴⁸ wo zu seinen Lehrern die späteren Bischöfe und Verteidiger des Unfehlbarkeitsdogmas Vinzenz Gasser (Brixen), die „Säule des Vatikanischen Konzils“⁴⁹, und Josef Feßler (St. Pölten) gehört hatten.⁵⁰ Die breite Kritik am Konkordat und seine mit den Maigesetzen beginnende endgültige Auflösung sowie die antipäpstliche, antiklerikale Haltung der liberalen Führungsschicht einerseits und die kirchliche Reaktion auf die Maigesetze andererseits, aber auch Zwergers Persönlichkeit, führten zu einem extremen Kurswechsel: die von Attems geübte Konkordanzpolitik wurde von einem Konfrontationskurs abgelöst.

Zwerger geriet aber nicht erst durch seinen ersten Hirtenbrief als Bischof von Graz-Seckau in Konflikt mit der Regierung. Bereits 1861/62 war Zwerger während seiner Zeit als Spiritualdirektor am Wiener Priesterseminar durch seine extrem katholisch-restaurative, antiliberalen Einstellung aufgefallen, als er in seiner Funktion als Hofkaplan eine Reihe aufsehenerregender, die neue liberale, parlamentarische Staatsordnung attackierende Predigten gehalten hatte. Beispielsweise nannte er in seiner Predigt zum Fest des Hl. Leopold (15. November 1861) die gegen „den heiligen Glauben“ gerichtete Ausübung der gesetzgebenden, parlamentarischen Gewalt teuflisch.⁵¹ Zwergers provokante Predigten gegen die neue staatliche Ordnung und die dadurch erst ermöglichte offene Kritik und Diskussion des Konkordats, standen damit in krassem Widerspruch zu den versöhnlichen Predigten seines Vorgängers Helferstorfer.⁵² Schließlich kam es 1862 nach seiner Pfingstmontagpredigt, in der er „in sehr scharfen Worten das Verhältnis zwischen Staat und Kirche besprach und die Behauptung aufstellte, daß der Staat gar nicht das Recht habe, Gesetze zu erlassen, welche in das Gebiet der Kirche eingreifen und die Freiheit derselben verkümmern, [...]“, zum Eklat. Als Zwerger sich weigerte, den Obersthofmeister, dem die Hofgeistlichkeit unterstand, als „geistlichen Vorgesetzten“ anzuerkennen, mußte sogar der Nuntius vermittelnd eingreifen, der Zwerger

⁴⁶ Vgl. Franz, Liberalismus, 419.

⁴⁷ Zu Zwerger s. Franz Freiherr von Oer, Fürstbischof Johannes Bapt. Zwerger von Seckau. In seinem Leben und Wirken, Graz 1897, 5f; Maximilian Liebmann, Johannes VII. Baptist Zwerger (1867-1893), in: Amon, Bischöfe, 439-446; ders., Zwerger, Johannes Bapt., in: Gatz, Bischöfe, 843f.

⁴⁸ Wodka, Kirche, 324.

⁴⁹ Franz, Liberalismus, 419.

⁵⁰ Maximilian Liebmann, Leben und Wirken von Fürstbischof Johannes Baptist Zwerger, in: Gertrude Celedin / Friedrich Bouvier / Maximilian Liebmann (Hg.), Kirche, Künstler und Konflikte. 100 Jahre Herz-Jesu-Kirche Graz, Graz-Wien-Köln, 1991, 47, 53 (Fn 32).

⁵¹ 15. November 1861: „Endlich aber der allergrößte und mehr als teuflische Frevel ist es, die rechtmäßige Gewalt der Gesetzgebung selber mißbrauchen zum Schaden des wahren Glaubens und zur Verbreitung des Unglaubens. [...] So hat es der National-Convent vor siebzig Jahren in Frankreich gemacht, so haben wir es seitdem oftmals machen gesehen von mehr als einem Parlamente in verschiedenen Zeiten und Orten. [...] Diesen Frevel, der Mißbrauch der gesetzgebenden Gewalt gegen den wahren Glauben, habe ich genannt: mehr als teuflisch! Denn der Teufel hat keine gesetzgebende Gewalt über die Menschen, darum kann er sie auch nicht mißbrauchen...“ Vgl. Oer, Zwerger, 110.

⁵² Othmar (Kaspar) Helferstorfer (1810-1880), O.S.B. Seit 1845 Hofprediger, 1861 Abt des Schottenstifts Wien. Ab 1870 Landmarschall von Niederösterreich und Herrenhaus-Mitglied auf Lebenszeit seit 1875. Vgl. ÖBL 2 (1959), 259.

schließlich riet „in seinen Kanzelreden Angriffe auf österreichische Gesetze zu unterlassen.“⁵³

Am 14. August 1867 - der erste Akt zur Aufhebung des Konkordats durch die Diskussion der Ehe- und Schulgesetze im Abgeordnetenhaus steuerte seinem Höhepunkt zu⁵⁴ - erfolgte Zwergers offizielle Ernennung.⁵⁵ Zwergers Einzug in Graz am 6. November 1867 fand damit in einem denkbar gespannten Klima statt. Zuvor noch war Zwirger nach Linz zu Bischof Rudigier gefahren, dem entschiedensten Kämpfer unter Österreichs Bischöfen gegen die Maigesetze,⁵⁶ um mit diesem „über die Kunst, die fremde Diözese kennen und regieren zu lernen, zu sprechen.“⁵⁷ Bei seiner Ankunft am Grazer Hauptbahnhof wurde Zwirger zwar noch von Bürgermeister Franck und Vizebürgermeister Remschmidt empfangen, doch fehlten bei seiner Inthronisation am 10. November nicht nur der gesamte (liberale) Gemeinderat (der bereits am 4. November den „Boykott“ dieser Zeremonie beschlossen hatte), sondern auch die „Honorationen“. Immerhin nahmen aber Statthalter Baron Mecser, Landeshauptmann Graf Gleispach und der Bürgermeister am Festbankett in der bischöflichen Residenz teil.⁵⁸ Nicht zum letzten Mal mußte Zwirger den Boykott seiner Person durch liberale Politiker über sich ergehen lassen. Am Höhepunkt des Kampfes gegen das Konkordat verweigerten ihm 1868 schließlich eine Reihe von Gemeindevertretungen den offiziellen Empfang in ihrer Gemeinde (z.B. Leoben und Judenburg⁵⁹).

Wie Bischof Rudigier geriet auch Zwirger mit seinem (ersten) programmatischen Hirtenbrief vom 19. Jänner 1868, in dem er die konfessionellen Gesetze scharf verurteilte, in ernsthaften Konflikt mit der Regierung. Nachdem es bereits in Mähren zu Ausschreitungen des Klerus gegen die konfessionellen Gesetze gekommen war und ähnliche Vorkommnisse auch in anderen Kronländern zu erwarten waren, wurde Zwirger (wie auch die Bischöfe von Lavant und Linz) von Statthalter Mecser über einen warden ministeriellen Erlaß „informiert“: „[...] das auch der *geistliche Functionär Staatsbürger* ist, und sich nur innerhalb der Gesetze des Staates bewegen, nie sich über dieselben erhaben dünken darf“. Die indiskrete Veröffentlichung dieses eindeutig formu-

⁵³ „Neue Wiener Tagblatt“, zit.n. Grazer Volksblatt, Nr. 187, 17.8.1893. Nach Ansicht des „Grazer Volksblatt“, das das „Neue Wiener Tagblatt“ ein „sehr phantasiereiches, orientalisches Blatt Wiens“ nennt, seien in diesem Bericht anlässlich des Ablebens von Bischof Zwirger „Wahrheit und Dichtung“ stark vermischt worden. „Die Möglichkeit, daß Dr. Johannes Zwirger später Bischof werden konnte, läßt an den Ernst einer Complication mit den höheren Kreisen nicht glauben.“ Aber auch Zwergers Biograph Oer berichtet von Angriffen der „radicalen“ Zeitungen Wiens, Prags, Brünns und Augsburgs auf den späteren Seckauer Bischof. Vgl. Oer, 107ff.

⁵⁴ Vgl. V o c e l k a, Verfassung, 68ff; K o l m e r, Bd.I, 300ff.

⁵⁵ Oer, Zwirger, 143.

⁵⁶ Bischof Rudigiers Hirtenbrief vom 12. September 1868, in dem er die konfessionellen Gesetze schärfstens kritisierte, wurde von der Regierung konfisziert. Auf Grund seiner Instruktionen an den Klerus, bei der Durchführung der konfessionellen Gesetze offenen Widerstand zu leisten, wurde der Bischof wegen des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe angeklagt. 1869 wurde Rudigier, der sich auf das Konkordat berief, dem Untersuchungsrichter vorgeführt und am 12. Juli von einem Gericht zu 14 Tagen Kerker verurteilt. Durch einen kaiserlichen Gnadenakt wurde die Strafe erlassen. Vgl. K o l m e r, Bd.I, 368ff. Zu Bischof Rudigier vgl. Konrad M e i n d l, Leben und Wirken des Bischofs Franz Joseph Rudigier von Linz, 2 Bde., Linz 1891/92; Harry S l a p n i c k a, Bischof Rudigier. Eine Biographie, Linz 1961, d e r s., Christlichsoziale in Oberösterreich. Vom Katholikenverein 1848 bis zum Ende der Christlichsozialen 1934, Linz 1984.

⁵⁷ Oer, Zwirger, 162 f.

⁵⁸ Oer, Zwirger, 168ff.

⁵⁹ Oer, Zwirger, 194; Grazer Volksblatt, Nr. 192, 15.7.1868.

lierten Erlasses sowie die Androhung strafgerichtlicher Sanktionen wurde schließlich sogar von der liberalen „Tagespost“ als Bruch des Amtsgeheimnisses kritisiert.⁶⁰

2. Von der Bewegung zur Partei

2.1. Masseninformatiionsstrukturen:

Der Aufbau des katholischen Pressewesens

Zwar gab es mit dem „Katholischen Wahrheitsfreund“ seit 1848 auch eine katholische Zeitung in der Steiermark, doch bot dieses eher der Erbauung dienende Wochenblatt politisch interessierten katholischen Kreisen kein den liberalen Tagesblättern, v.a. im Vergleich zur „Tagespost“, gleichwertiges Organ. So war es bereits im Frühjahr 1867 in der Wohnung von Prof. Maassen⁶¹ zu einer ersten Vorbesprechung zwischen Adel, Klerus und Intelligenz über die Gründung eines katholischen Organs gekommen. Die eigentliche Gründungsversammlung des „Grazer Volksblatts“, das erstmals am 1. Jänner 1868 erschien, fand aber erst im Herbst 1867 statt. Neben Geistlichen (Stadtpfarrpropst Dr. Johann Riedl und den Brüdern Alois⁶² und Johann Karlon⁶³) gehörten zu den „Gründungsvätern“ des „Grazer Volksblatts“ weiters die Universitätsprofessoren Maassen und Tewes⁶⁴, der Advokat Rintelen⁶⁵ sowie die prominenten Adelige Heinrich Graf D’Avernas, Prinz Alois Liechtenstein und Baron Buol⁶⁶, wobei letztere mit privaten Spenden erst die Gründung und das Überleben des Blattes ermöglich-

⁶⁰ Oer, Zwirger, 177ff.

⁶¹ Friedrich Maassen (1828-1900) war ein gebürtiger Norddeutscher, der erst 1851 zum Katholizismus konvertierte. 1848 hatte er im Verfassungskampf Mecklenburg-Schwerins als Advokat wirkungsvoll für die ständischen Rechte gekämpft, ehe er 1855 vom österreichischen Kultusminister Graf Leo Thun als ordentlicher Professor für Römisches Recht nach Pest und danach nach Innsbruck berufen wurde. 1860 erhielt er einen Ruf an die Universität Graz. 1871 erhielt Maassen einen Ruf an die Universität Wien, wo es 1883 zu deutschnationalen Studentenkundgebungen gegen ihn als Prorektor kam. Von 1885 bis zu seinem Tod 1900 gehörte er dem Herrenhaus an. In zweiter Ehe war er mit Thekla, der Tochter des katholischen Sozialpolitikers Karl von Vogelsang verheiratet. Vgl. Oskar S c h ö n e g g e r, Der österreichische Kanonist Friedrich Maassen als Mensch, Gelehrter und Politiker, (phil.Diss.) Graz 1963; Ö b l, Bd.V, 384f.

⁶² Alois Karlon (1835-1902), katholisch-konservativer Landtags- (1870-1900) und Reichsratsabgeordneter (1873-1901). Vgl. Josef B i e r b a u e r, Priesterpolitiker Prälat Alois Karlon. Beiträge zu seinem Leben und Wirken mit einer Bibliographie seiner Reden im Landtag, theol. Dipl.Arbeit, Graz 1984.

⁶³ Johann Karlon (1824-1891). Vgl. Ö b l III, 243; Karl S c h w e c h l e r, 60 Jahre Grazer Volksblatt. Ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung in Steiermark, Graz-Wien 1926, 35ff.

⁶⁴ August Tewes (1831- 1913), wie Maassen gebürtiger Norddeutscher, war von diesem 1859 in Innsbruck für Römisches Recht habilitiert worden. 1861 folgte er Maassen nach Graz, 1863 Ernennung zum a.o.Professor. 1871 erhielt er Maassens Grazer Lehrstuhl; gleichzeitig erhielt er den Lehrstuhl für kanonisches Recht in Innsbruck. Als Rektor gehörte er 1889 dem Landtag an. Vgl. Gunter W e s e n e r, Geschichte der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Graz. Teil 1: Römisches Recht und Naturrecht, Graz 1978, 51-54.

⁶⁵ Dr. Anton Rintelen (1842-1905), der Vater des späteren Landeshauptmannes, war ebenfalls ein gebürtiger Deutscher und war über Prag und Innsbruck nach Graz gekommen. 1871 eröffnete er hier eine Anwaltskanzlei und war viele Jahre als Rechtsberater des Kath. Preßvereins tätig. Seit 1880 gehörte er dem Reichsgericht als ständiges Mitglied an. Vgl. D.A. B i n d e r, in: ÖBL, Bd. 9, 171.

⁶⁶ Siebzig Jahre Grazer Volksblatt, Graz 1937, 33ff.

ten.⁶⁷ Nach einem nur wenige Wochen dauernden Intermezzo mit einem Laien als Chefredakteur (aus taktischen Überlegungen hatte Propst Riedl ursprünglich die Besetzung dieser Position mit einem Priester abgelehnt⁶⁸) übernahm Johann Karlon (bis 1887) die Leitung des Blattes. Da es schon nach wenigen Monaten ersichtlich war, daß die Errichtung einer eigenen Druckerei für das finanzielle Überleben des „Grazer Volksblatts“ unabdingbar war, kam es mit Unterstützung von Bischof Zwirger nach dem Vorbild des slowenischen Hermagorasvereins im Dezember 1869 zur Gründung des Katholischen Preßvereins.⁶⁹ Heinrich Graf D’Avernas wurde zu seinem Obmann (eine Funktion, die er bis 1900 ausübte⁷⁰) und Alois Karlon zu seinem Stellvertreter gewählt.⁷¹ Der Großteil der Kosten für die neue, ab 1.1.1870 im Stainzerhof in Betrieb genommene Druckerei wurde von Baron Buol und seinen Freunden getragen. Zu ihrem Direktor - ab 1879 als „Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung Styria“ handelsgerichtlich eingetragen - wurde Alois Karlon ernannt.⁷² Speziell auf die Interessen der bäuerlichen Leserschaft zugeschnitten war der „Sonntagsbote“, der anfangs als Beilage des „Grazer Volksblatts“ erschien. Als selbständiges Wochenblatt (ab 1870) erlebte der „Sonntagsbote“, nicht zuletzt dank großzügiger Subventionen der Fürsten Alfred und Alois Liechtenstein sowie Baron Ernest Gudenus, die damit eine kostenlose Verteilung an ärmere Bauern der Oststeiermark ermöglichten, große Verbreitung.⁷³ Sein Chefredakteur, der spätere Monsignore Josef Zapletal,⁷⁴ ein Neffe der Brüder Karlon, übernahm nach Johann Karlons Tod auch die Leitung des „Grazer Volksblatts“.⁷⁵

2.2. Politische Massenmobilisierung: die Adreßbewegung als Mittel im Kulturkampf

Nachdem durch die Gründung des „Grazer Volksblatts“ eine unabdingbare Voraussetzung für die Formierung einer politischen Bewegung geschaffen worden war, schlug im Sommer/Herbst 1868 die Geburtsstunde der katholisch-konservativen Bewegung. Auch in der Steiermark hatte der Aufruf des Wiener Diplomaten Graf Blome begeisterte Aufnahme gefunden:

„Hören wir auf, ein bloßes Geräusch, eine Vergangenheit zu sein; zählen wir auf uns und nur auf uns und man wird schon mit uns zählen. Auch wir können, wenn wir wollen. Auch hier im alten katholischen Österreich ist nichts verloren, wenn wir zu retten verstehen. Die Zeit der Unentschiedenheit ist vorüber.“⁷⁶

Schließlich wurde die päpstliche „Allocution“ Pius IX. über die Maigesetze,⁷⁷ die „leges infandae“, zum Auslöser einer Reihe von Protestaktionen und Adressen pro und

⁶⁷ Schwechler, Volksblatt, 1f.

⁶⁸ „Einen Priester können wir nicht als Redakteur anstellen; das Blatt würde sofort mit einem Schimpfnamen belegt werden.“ Siebzig Jahre Grazer Volksblatt, 35.

⁶⁹ Schwechler, Volksblatt, 8ff; vgl. unten.

⁷⁰ Schwechler, Volksblatt, 54.

⁷¹ Grazer Volksblatt, Nr. 214, 18.9.1869.

⁷² Siebzig Jahre Grazer Volksblatt, 33.

⁷³ Schwechler, Volksblatt, 15.

⁷⁴ Josef Zapletal (1839-1897), Neffe der Brüder Karlon. Vgl. Walter Brunner / Anton Schuller, Bedeutende Absolventen des Bischöflichen Seminars. Eine Auswahl, in: Jamnig, Bischöfliches Seminar, 382f.

⁷⁵ Siebzig Jahre Grazer Volksblatt, 34.

⁷⁶ Graf Blome, Zeitgemäße Betrachtungen. Vortrag, gehalten im Wiener geselligen Vereine (Ressource), Wien-Gran 1868; vgl. Schwechler, Volksblatt, 191f.

⁷⁷ 25. Mai 1868, RGBl. 47, 48 und 49/1868.

contra Kirche und Papst. So legten beispielsweise eine Vielzahl von Gemeindevertretungen, u.a. auch von Wien und Graz, Verwahrung gegen die päpstliche Allocution und die darin auf die österreichische Regierung enthaltenen Angriffe ein.⁷⁸ In Graz beschloß beispielsweise eine „Volksversammlung“, an der sich etwa 2000 Personen beteiligten, eine diesbezügliche Adresse an das Gesamtministerium, in der dieses aufgefordert wurde, sich weder durch die päpstliche Allocution, noch durch die Hirtenbriefe in der Durchführung der Staatsgrundgesetze beirren zu lassen.⁷⁹ Diese vom „Deutschen Volksverein“ und „Demokratenverein“ (getrennt) in die Puntigamer Bierhalle einberufene Versammlung verabschiedete weiters eine Resolution, in der die Regierung zur gänzlichen Kündigung des Konkordats aufgefordert wurde.⁸⁰ Ende Juli wurde die Adresse der Grazer Volksversammlung mit 4000 Unterschriften dem Ministerium überreicht.⁸¹

Eine Woche nach der liberalen Volksversammlung und der dort beschlossenen anti-päpstlichen Adresse rief das „Grazer Volksblatt“ die „katholischen Bewohner von Graz und Steiermark“ auf, eine Ergebenheitsadresse an den Papst abzugeben.⁸² Der Großteil der 16 Unterzeichner dieser katholischen Adresse war bereits aktiv an der Gründung des „Grazer Volksblatts“ beteiligt gewesen und hatte in der Folge auch entscheidenden Anteil am Aufbau der katholisch-konservativen Bewegung in der Steiermark: die Grafen Heinrich und Alfred D’Avernas Desenffans, Adalbert Freiherr von Buol-Bernburg, Johann Karlon sowie Dr. Anton Rintelen und die Professoren August Tewes und Heinrich Maassen.⁸³ Einen ähnlichen, auch in Slowenisch aufgelegten Aufruf richteten Graf

⁷⁸ Kolmer, Bd. I, 328.

⁷⁹ Statth.Präs. 5-1566/1868 : 1571/1868.

⁸⁰ Tagespost, Nr. 152, 6.7.1868; Nr. 153 und 153(A), 7.7.1868.

⁸¹ Tagespost, Nr. 170, 26.7.1868.

⁸² „In Zeitungen und öffentlichen Versammlungen wird die Autorität des von Gott gesetzten Oberhauptes der katholischen Kirche angegriffen.

Diese Angriffe gegen den Statthalter Christi werden als die Stimme des Volkes bezeichnet. Katholiken! Wir sind als einzelne Gläubige nicht zu Richtern über das Gewissen Anderer gesetzt. Ferner sei es von uns, in fremde Angelegenheiten uns einzumischen.

Aber unser Glaube, unser Bekenntniß ist unsere eigene heiligste Angelegenheit.

Nicht bloß unser Recht, unsere Pflicht ist es, unseren Glauben zu bekennen.

Glaubensgenossen! Schweigen zu den Angriffen, die im Namen des ganzen Volkes gegen den heiligen apostolischen Stuhl gerichtet werden, schweigen, wo wir reden können, ist soviel als Beteiligung an diesen Angriffen.

Eine Beteiligung an den Angriffen gegen das von Jesus Christus, dem Sohne Gottes, gesetzte Haupt seiner Kirche streitet gegen unser katholisches Gewissen.

Glaubensgenossen! Wir die unterzeichneten katholischen Männer, fordern euch auf, mit uns gemeinsam das Bekenntniß abzulegen:

Wir bekennen, daß Jesus Christus, der Sohn Gottes, den Apostel Petrus zu Seinem Statthalter auf Erden, zum Haupte seiner Kirche bestellt hat.

Wir bekennen, daß in den Nachfolgern Petri, den römischen Päpsten, Petri oberste Gewalt über die ganze Kirche fortlebt.

Wir bekennen in dieser Zeit maßloser Angriffe gegen unsere heilige Kirche und schwere Bedrängnisse des heiligen apostolischen Stuhles laut und freudig, daß wir den festen Vorsatz haben, in dem unverbrüchlichen Gehorsam, den der katholische Glaube vorschreibt, gegen den Statthalter Christi auszuharren bis an unser Lebensende.“

„Katholiken! Indem wir in dieser sturmbelegten Zeit ein Zeugniß unseres katholischen Glaubens ablegen, drängt es uns, auch den Gefühlen unwandelbarer Treue gegen unseren Kaiser und Herrn Ausdruck zu geben.“ Grazer Volksblatt, Nr. 191, 14.7.1868.

⁸³ Weiters unterzeichneten die sogenannte „Sechzehner Adresse“ Johann Baumgartner (Schmiedemeister), Dr. Adolf Freiherr von Call, Franz Englhofer (Fabriksbesitzer), Anton Engel (bürgerl. Zinngießer), Anton Reichsfreiherr von Gudenus, Josef Perchinigg (bürgerl. Handelsmann), Johann Schumy (Hausbesitzer), Anton Seiller (Hausbesitzer) und Ferdinand Zehngruber (bürgerl. Stadtbaumeister). Vgl. Grazer Volksblatt, Nr. 191, 14.7.1868; Schwechler, Volksblatt, 67f.

Brandis, der Landtagsabgeordnete Dr. Mathias Prelog u.a. auch an die Katholiken der Diözese Lavant.⁸⁴ Allerdings nahm der Lavanter Bischof Maximilian Stepischnegg⁸⁵ den Maigesetzen, namentlich dem Ehegesetz gegenüber, eine weitaus gemäßigttere Haltung ein. Wie er in seinem Pastoral schreiben vom 19. Juni 1868 darlegte, bestehe auch für Katholiken die Möglichkeit das neue Ehegesetz zu akzeptieren.⁸⁶

Sowohl Liberale als auch Konservative versuchten in den folgenden Wochen eine möglichst breite Zustimmung für ihre jeweilige Adresse zu finden bzw. die Ablehnungsfront gegen die gegnerische Adresse zu vertiefen. Während es den Katholisch-Konservativen über die Pfarren gelang, die Masse der Gläubigen zur Unterstützung der Adresse zu bewegen, fand die liberale Adresse v.a. die Zustimmung vieler Gemeinde⁸⁷- und Bezirksvertretungen.⁸⁸ So verweigerten mehrere liberale Gemeindevertretungen (beispielsweise Judenburg), die die Petition zur Aufhebung des Konkordats unterzeichnet hatten, Bischof Zwirger, der eine Rundreise durch die Diözese zur Unterstützung der katholischen Adresse unternahm, einen offiziellen Empfang, da „eine Beteiligung an dem Empfange [...] den Charakter einer Demonstration gegen die Verfassung und für die Bestrebungen der ultramontanen Partei annehmen [...]“ könnte.⁸⁹ Das „Grazer Volksblatt“ appellierte daher an alle Katholiken, Männer und Frauen, zu beweisen, daß nicht das ganze Volk hinter den Gemeinderäten und den Bezirksvertretungen stehe, „welche, getragen von den Flügeln des Liberalismus, es als ihre eigenste Aufgabe ansehen, ja nicht hinter den leuchtenden Beispielen der Residenzstadt zurück zu bleiben.“⁹⁰

Die von beiden „Parteien“ bei der Unterschriftensammlung angewandten Methoden wurden naturgemäß von der jeweiligen Gegenseite und ihren Organen heftig kritisiert.⁹¹

In der Regel lagen die Listen für die katholische Adresse in den Pfarren auf.⁹² Die liberalen Blätter sahen darin nicht nur die Ausnützung einer „Zwangslage“ durch die Geistlichen, sondern kritisierten besonders, daß vielfach auch Frauen und Kinder die Adresse unterzeichnet hatten.⁹³ Ganz besonders kritisierten die liberalen Blätter aber die Unterstützung der katholischen Adresse durch k.k. Beamte.⁹⁴ Während die „Tagespost“ so die Unterstützung der „Sechzehner Adresse“ durch die adeligen Kämmerer nur ironisch kommentierte,⁹⁵ wertete sie die Unterzeichnung durch die beiden Beamten, die Universitätsprofessoren Maassen und Tewes als Akt der „Verfassungsfeindlichkeit“.⁹⁶ Nachdem die Statthalterei bereits im Februar 1868 die Bezirksämter zur genauen Beobachtung der zu erwartenden klerikalen Agitationen, v.a. von Seiten des Klerus aufgefordert hatte,⁹⁷ ging eine Vielzahl von Berichten über diese Unterschriftensammelaktion ein.⁹⁸ Selbst die Gerichte wurden damit befaßt: ein Schuhmachermeister, der in Trofaiach Unterschriften für die katholische Adresse gesammelt hatte, wurde wegen des Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung (Aufreizung zum Haß und Verachtung gegen die Minister) unter Anklage gestellt.⁹⁹ Während er in der ersten Instanz freigesprochen wurde,¹⁰⁰ verurteilte ihn das Oberlandesgericht wegen des „Vergehens der Aufwiegelung“ zu sechs Monaten Arrest. Begründet wurde dieses Urteil damit, daß die katholische Adresse „[...] mit Rücksicht auf den Inhalt derselben [...] eine in allgemein anerkannte Glaubenssätze gehüllte Demonstration wider diese Gesetze und gegen Diejenigen bilde, deren Werk das Zustandekommen dieser Gesetze ist.“¹⁰¹ Zuvor hatte die Bezirkshauptmannschaft Leoben bereits versucht, die konservative Unterschriftenaktion

⁸⁴ Sowie Martin Grisold, Franz Freiherr von Kettenburg, Michael Mahorko, Arthur Graf Mensdorff und Johann Stadler. Grazer Volksblatt, Nr. 217, 9.8.1868.

⁸⁵ Jakob Ignaz Maximilian Stepischnegg, Fürstbischof von Lavant (1863-1889) hielt sich konsequent an die geltende Gesetzgebung. Auf dem 1. Vatikanischen Konzil stand er auf der Seite der Gegner des päpstlichen Unfehlbarkeitsdogmas. Vgl. France M. D o l i n a r , Stepischnegg, Jakob Ignaz Maximilian, in: G a t z , Bischöfe, 738f.

⁸⁶ „Das neue weltliche Ehegesetz hindert zwar seinerseits, wie oben gesagt, nicht denjenigen, der durch die Eingehung einer sogenannten Civilehe offen bekrundet, daß er an die sakramentale Würde der Ehe nicht glaube; aber es nöthiget ja die katholischen Christen Oesterreichs noch nicht geradezu, ihrer Kirche untreu zu werden. Darum ist es auch noch fortan möglich für Jeden, der es aufrichtig will, zu geben, „dem Kaiser, was des Kaisers ist, aber auch Gott, was Gottes ist.“ Statth.Präs. 23/1867 : 1545/1868.

⁸⁷ Beispielsweise Bad Aussee, Pöllau, Fürstenfeld, Hartberg und Feldbach.

⁸⁸ Als „Gemeinden höherer Art“ konnten die Kronländer auf Grund des Reichsgemeindegesetzes 1862 Bezirksvertretungen zur Besorgung der gemeinsamen Angelegenheiten eines Bezirkes errichten. Als Interessenvertretung konstituiert, waren sie (direkt, bei Erreichung eines Zensus von 60 fl.) durch die Gruppen der Großgrundbesitzer und der Höchstbesteuerten der Industrie des Bezirkes sowie (indirekt) durch die Gemeinderepräsentationen der Gruppe der Städte und Märkte sowie der Landgemeinden zu wählen. Neben der Steiermark (1866) wurden Bezirksvertretungen nur noch in Böhmen und Galizien eingerichtet. Vgl. Edith M a r k o - S t ö c k l , Die Entwicklung des Gemeinde-, Bezirksvertretungs- und Landtagswahlrechts in der Steiermark von 1861-1914, phil.Diss. Graz 1985, 124-197.

⁸⁹ Tagespost, Nr. 156, 10.7.1868; Grazer Volksblatt, Nr. 192, 15.7.1868.

⁹⁰ Grazer Volksblatt, Nr. 191(A), 14.7.1868.

⁹¹ Von liberaler Seite wurde so den Konservativen vorgeworfen, Unterschriften mit jeweils einem Kreuzer bezahlt, bzw. Kinder mit Heiligenbildern beschenkt zu haben (Fürstenfeld). Vgl. Telegraf, Nr.177(A), 3.8.1868.

In Straden wiederum seien die klerikalen Unterschriftenlisten beim Gemeindevorsteher aufgelegt worden, der die Bewohner vorgeladen und ihnen erklärt habe, daß die Religion in Gefahr sei. Vgl. Tagespost, Nr. 176, 2.8.1868.

Den Mitgliedern der Leibnitzer Bezirksvertretung, die mit Ausnahme von zwei Dechanten die liberale Adresse unterstützt hatten, wurde in einem Brief an ihren Obmann Dr. Leo Klein wiederum Tod und Höllenqualen angedroht: „Du unglückliches Bezirksvertretervolk, daß Du Deine Mission von Anbeginn überschritten, denkst Du denn gar nicht daran, daß Du Staub und Asche bist, [...] Die schwindelnde neue Aera Oesterreichs hat auch Dich mit dem Schimmer der Gott entrissenen Omnipotenz gekleidet, [...], sterben wirst Du, und für Dein gewissen- und religionsloses Agitiren gegen Christus allein wahre kath. Kirche deinen Lohn ernten. [...] Wüthe gegen den Papst, wie Du willst, Du arbeitest nur für Deine eigene Verwerfung, - denke, unglückliches Volk, an deinen Tod.“ Tagespost, Nr. 179, 6.8.1868.

⁹² Grazer Volksblatt, Nr. 191(A), 14.7.1868.

⁹³ Tagespost, Nr. 159(A), 14.7.1868.

⁹⁴ Telegraf, Nr. 177(A), 3.8.1868.

⁹⁵ „Das Kämmerer sich unter den bischöflichen Schleppträgern befinden, wundert uns nicht. Man trägt den Kammerherrnschlüssel bekanntlich rückwärts und mag dadurch auf die Idee verfallen, es nehme sich auch im öffentlichen Leben nicht übel aus, seine ganze Sympathie in jeder Rücksicht dem „Rückwärts“ zuzuwenden.“

Tagespost, Nr. 159(A), 14.7.1868.

⁹⁶ „Sie ergreifen dadurch in dem Kampfe, der zwischen Staat und Kirche entbrannt, unbegreiflicher Weise die Partei der letzteren und so zweifellos es feststeht, daß die päpstliche Allocution verfassungsfeindlich ist, so notorisch tritt mithin die Verfassungsfeindlichkeit der zwei Herren Professoren der Rechte an den Tag [...]“

Tagespost, Nr. 159(A), 14.7.1868.

⁹⁷ Statth.Präs. 23-1867 : 431/1868.

⁹⁸ Statth.Präs. 23-1867 So berichtete das Bezirksamt Graz Umgebung, daß es v.a. zu (nicht näher beschriebenen) Übergriffen von Seiten jüngerer Geistlicher komme. In Gratwein habe man den Gläubigen erklärt, die Unterschriftenaktion diene nur zur Feststellung der Zahl der Gläubigen. Zu den heftigsten Agitatoren in dieser Unterschriftensammelaktion gehörte auch der Bad Ausseer Kaplan Johann Wöhr (s.u.), dessen Versetzung von der Bezirkshauptmannschaft Liezen vehement gefordert wurde.

⁹⁹ Statth.Präs. 23-1867; Grazer Volksblatt, Nr. 284(A), 20.10.1868.

¹⁰⁰ Grazer Volksblatt, Nr. 288, 16.10.1868.

¹⁰¹ Tagespost, Nr. 269, 21.11.1868 (Beilage).

zu verhindern.¹⁰² - Und dies trotz des durch die Dezemberverfassung garantierten Petitionsrechts! In Graz hingegen hatte es Bürgermeister Moritz von Franck abgelehnt, die affichierten katholisch-konservativen Plakate entfernen zu lassen, da „es Jedermann freistehe, sein religiöses Glaubensbekenntnis öffentlich kundzugeben. Im Falle eine solche Kundgebung eine Gesetzesübertretung in sich schließt, sei es Sache der Staatspolizei, ihres Amtes zu walten.“¹⁰³

Insgesamt wurden für die katholische Adresse in 254 Pfarren 126.893 Unterschriften abgegeben, davon 8.777 in Graz (bei insgesamt 259 Pfarren mit 715.000 Katholiken in der Diözese Seckau).¹⁰⁴ Im April 1869 wurde eine Glückwunschartikeladresse zum fünfzigjährigen Priesterjubiläum des Papstes sogar von 240.000 Gläubigen unterzeichnet.¹⁰⁵ Auch die noch junge Arbeiterbewegung richtete anlässlich des 1. Grazer Arbeitertages am 11.7.1868 eine Petition an das Ministerium, in der die gänzliche Aufhebung des Konkordats gefordert wurde.¹⁰⁶ Die „Arbeiteradresse“ war von 3.623 Männern (und nicht von Frauen und Kindern, „von denen die Gegenpartei ihr Glaubensbekenntnis bestätigen ließ“) unterzeichnet.¹⁰⁷

Die junge katholisch-konservative Bewegung errang mit dieser Adresse nicht nur einen quantitativen Erfolg, sondern gab damit auch einen ersten Beweis ihrer organisierten, politischen Schlagkraft. Dennoch ist ein direkter Vergleich der beiden Adressen nur bedingt möglich, zu unterschiedlich sind Entstehung und Durchführung. Die liberale Adresse war aus der Versammlung zweier politischer Vereine hervorgegangen und intendierte die Unterstützung der konfessionellen Gesetze und damit der vom Papst so heftig attackierten österreichischen Regierung. Eine Massenmobilisierung wie sie den Konservativen gelang, wurde von den Liberalen, wie auch später, weder versucht noch beabsichtigt. Die liberale Adresse, die außerhalb von Graz den Gemeinde- und Bezirksvertretungen zur Unterstützung vorgelegt wurde, erhielt 4000 Unterstützungsunterschriften.¹⁰⁸ Die konservative Adresse hingegen, eingeleitet vom flammenden Appell eines hochrangigen Personencomités, publizistisch unterstützt vom „Grazer Volksblatt“ und von den Kanzeln herab getragen, forderte von den Gläubigen, egal welchen Alters und Geschlechts, die Unterzeichnung der Adresse als Ergebnisbeweis gegenüber Papst und Bischof, wobei letztlich die Zahl der Unterschriften zum Gradmesser der Glaubensstreue hochstilisiert wurde. Wenn auch Rechbauers, vom „Grazer Volksblatt“ heftig attackierte Aussage, daß „kaum einige Hunderte, [...] - wirkliche, maßgebende oder berechtigte“¹⁰⁹ Persönlichkeiten die katholische Adresse unterzeichnet haben, aus Sicht der Liberalen verständlich ist, unterschätzte er damit die langfristige Bedeutung dieser Massenmobilisierung: zeigt doch diese Adresse bereits lokal und sozial jene Bereiche, in denen die Katholisch-Konservativen binnen weniger Jahre die Liberalen beinahe vollständig verdrängen sollten: generell die Kurie der Landgemeinden, v.a. aber der Ost- und Mittelsteiermark,¹¹⁰ während die Liberalen die Städteturie unangefochten dominierten.

¹⁰² Grazer Volksblatt, Nr. 281, 13.10.1868; Schwechler, Volksblatt, 40, 69.

¹⁰³ Grazer Volksblatt, Nr. 192, 15.7.1868.

¹⁰⁴ Grazer Volksblatt, Nr. 256, 18.9.1868; Oer, Zwerger, 196, spricht sogar von 140.000 Unterschriften, die dem Fürstbischof übergeben wurden.

¹⁰⁵ Oer, Zwerger, 203f.

¹⁰⁶ Tagespost, Nr. 159(A), 14.7.1868; vgl. Eduard Staudinger, Die Bildungs- und Fachvereine der Arbeiter in der Steiermark von 1848 bis 1873, phil.Diss. Graz, 1977, 307f.

¹⁰⁷ Tagespost, Nr. 172(A), 29.7.1868.

¹⁰⁸ Tagespost, Nr. 170, 26.7.1868.

¹⁰⁹ Grazer Volksblatt, Nr.249, 11.9.1868.

¹¹⁰ Während die mittel- und oststeirischen Landgemeindenwahlbezirke bereits ab 1870 von den

2.3. Politische Organisationsstrukturen: das katholisch-konservative Vereinswesen

Ähnlich den Liberalen waren auch die Katholisch-Konservativen in dieser Frühphase von ihrer „Organisationsstruktur“ her auf einen kleinen Kreis von Personen (Karl von D'Avernas, Maassen) aufgebaut („Zirkel- und Honoratiorenkatholizismus“¹¹¹), doch gelang es ihnen innerhalb kürzester Zeit, eine breite Basis mit Hilfe der katholisch-konservativen Volksvereine, des Klerus, aber auch der Presse („Grazer Volksblatt“ und „Sonntagsbote“) aufzubauen.

Wie schon anlässlich der Gründung des „Grazer Volksblatts“ und dem Aufruf zur Unterstützung der katholischen Adresse waren Baron Buol, Prof. Maassen und der Redakteur des „Grazer Volksblatts“, Johann Karlon,¹¹² auch federführend an der Gründung des katholisch-konservativen Volksvereins¹¹³ am 3. Oktober 1868 im Stainerhof beteiligt.¹¹⁴ Bereits am 1. Oktober hatte das „Grazer Volksblatt“ das Programm des zu gründenden „politischen Vereins konservativer Richtung“ veröffentlicht. Während die sozialen Forderungen über ideologische Leerformeln nicht hinausgehen, wird im staatsrechtlichen Bereich uneingeschränkt (gerade im Bezug auf die untersteirischen Slowenen!) der Föderalismus vertreten. Wie in Maassens Rede (s.u.), so treten die Konservativen auch in ihrem Programm als „einzig wahre“ Verfechter des Rechts (der Kirche, der Kronländer) gegen die das Recht gefährdenden ideologischen Feindbilder Liberalismus und Kommunismus auf.¹¹⁵

Die Wahl des Namens „konservativ“ begründete Prof. Maassen in der Gründungsversammlung folgendermaßen:

„Wir wollen erhalten, was der Erhaltung wert ist. Aber wir wollen nicht zurück. Wollten wir zurück, dann müßten wir den Josefinismus, das Staatskirchentum wollen, dessen entschiedene Gegner wir sind. Wären wir reaktionär, so müßten wir den Absolu-

Konservativen dominiert wurden, waren die obersteirischen Wahlbezirke (mit Ausnahme des Judenburger) lange Zeit heftigst umkämpft.

¹¹¹ Albrecht Langner, Diskussionsbericht, in: Anton Rauscher (Hg.), Entwicklungslinien des deutschen Katholizismus, München-Paderborn-Wien 1973, 103; Vgl. auch Wolfgang Mantl, Der parteipolitische Katholizismus, in: Gesellschaft und Politik. Schriftenreihe des Institutes für Sozialpolitik und Sozialreform 75/3, 11.Jg., 40ff.

¹¹² Gemeinsam mit Franz Pogatschnig und J. Baumgartner wurden sie bei der ersten statutenmäßigen Versammlung am 7.1.1869 in den Ausschuss des Vereins gewählt. Grazer Volksblatt, Nr. 274, 6.10.1868 und Nr. 275, 7.10.1868.

¹¹³ Der ursprüngliche Name „Conservativer Verein“ wurde im Juli 1869 in „Katholisch-Konservativer Volksverein“ umgeändert. Grazer Volksblatt, Nr. 158, 14.7.1869 (Beilage).

¹¹⁴ Grazer Volksblatt, Nr. 268, 30.9.1868.

¹¹⁵ „Dieser höchste Zweck ist: das Recht.

Das Recht in staatlicher, in sozialer und in kirchlicher Beziehung. In staatlicher Beziehung ist unser politisches Credo: ‚Gleiches Recht für Alle‘ und ‚Sum cuique‘. Die verbrieften Rechte der Kronländer, ihre auf einer langen historischen Entwicklung beruhenden Eigentümlichkeiten, ihre berechtigten Sonderinteressen dürfen wir am wenigsten verkennen und es wird der Zweck des Vereines sein, einer solchen Verkennung und Mißachtung mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.

In sozialer Hinsicht haben wir die konservativen Interessen zu wahren, d.h. wir sollen diejenigen Verhältnisse und Zustände, welche sich im Laufe der Jahrhunderte herausgebildet haben, wo immer möglich, zu bewahren suchen, wo nothwendig, im Geiste einer normalen Entwicklung zu vervollkommen streben.

Dagegen haben wir eben so sehr dem zersetzenden Liberalismus entgegenzuarbeiten, [...] als auch diejenigen antisocialen Tendenzen zu bekämpfen, welche die Gesellschaft in dem Communismus und Pauperismus stürzen und mit der Entfaltung der „Rothen Fahne“ enden müssen.“ Grazer Volksblatt, Nr. 269, 1.10.1868.

tismus wollen, den wir verwerfen, weil er das Gegenteil von dem ist, was wir wollen. Was wir wollen, ist ja vor Allem die Achtung des Rechtes, dem der Absolutismus fremd ist.“¹¹⁶

Nach Ansicht Maassens hätte eigentlich kein Verein mehr als dieser das Recht sich „liberal“ zu nennen, da er nicht nur die Freiheit der Kirche, sondern auch der Krone und der Länder wolle.¹¹⁷ Als Zweck des eben erst gegründeten katholisch-konservativen Volksvereins wird in den Statuten „die Wahrung und Beförderung der kirchlichen und konservativen Interessen“ (§ 2) genannt.¹¹⁸ Als Vorstufe zu diesem politischen Verein war es bereits im Dezember 1867 zur Gründung des katholisch geselligen Casinos „Harmonie“ als „Vereinigungspunkt für katholisch gesinnte Männer [...] welches ihnen die Anregung böte, den geistigen Kampf für das Recht unserer heiligen Kirche, den die außerordentlichen Zeitverhältnisse bedingen, mit ganzem Muthe und mit ganzer Beharrlichkeit zu führen“ gekommen.¹¹⁹

2.3.1. Der 1. Steirische Katholikentag (1869)

Initiiert vom späteren Landtags- und Reichsratsabgeordneten Alois Karlon,¹²⁰ Subregens des Grazer Priesterseminars, fand am 15. und 16. September 1869 in der Reitschule und den Hörsälen der Theologischen Fakultät die Generalversammlung der sechs steirischen katholisch-konservativen Volksvereine statt, der, wie er erst später bezeichnet wurde, 1. Steirische Katholikentag¹²¹. Den Vorsitz führte der Obmann des katholisch-konservativen Volksvereins Baron Adalbert Buol-Bernburg.

¹¹⁶ S c h w e c h l e r, Volksblatt, 194.

¹¹⁷ Grazer Volksblatt, Nr. 274, 6.10.1868.

¹¹⁸ „§ 1 Es konstituiert sich ein politischer Verein mit katholisch-konservativer Richtung unter dem Namen: **Konservativer Verein**

§ 3 Als Mittel hiezu werden dienen: Besprechung politischer Tagesfragen, Vorträge über politische Themata, Petitionen und Adressen.

§ 4 Die Aufnahme in den Verein geschieht durch einstimmigen Beschluß des Vorstandes; ebenso der Ausschluß.

§ 5 Der Austritt aus dem Verein steht den Mitgliedern jederzeit frei.

§ 6 Der Sitz des Vereines ist Graz.

§ 7 Die Rechte und Pflichten der Vereinsmitglieder sind folgende:

a) Jedes Mitglied hat das Recht an den Versammlungen des Vereines theilzunehmen, in denselben Anträge zu stellen und bei der Fassung von Beschlüssen, [...] der Vornahme von Wahlen, durch Abgabe seiner Stimme mitzuwirken.

b) Jedes Mitglied zahlt monatlich einen Beitrag von fünf Kreuzern unbeschadet anderweitiger freiwilliger Beiträge. [...]“
Statth 53-13123/1868.

¹¹⁹ Grazer Volksblatt, Nr. 344 (Beilage), 15.12.1868.

¹²⁰ „Die radicale Partei hat sich in ihrem Hasse gegen alles, was katholisch ist, zu wiederholten Malen Steiermark und gerade Graz auserwählt, um in eklatanter öffentlicher und andauernder Weise katholische Grundsätze und Glaubenslehren zu bekämpfen.

Diesen Ereignissen gegenüber haben die beabsichtigten Versammlungen den Zweck, das katholische Bewußtsein unter den Katholiken zu erhalten, [...], vor Allem aber die Ueberzeugung wach zu rufen und zu befestigen, daß es *unsere Pflicht* ist, durch festes Zusammenhalten und ausdauernden Kampf *unsere Rechte* als *katholische Christen* und *katholische Staatsbürger* den Gegnern gegenüber erfolgreich zu vertheidigen.“ Grazer Volksblatt, Nr. 200, 1.9.1869.

¹²¹ S. dazu Maximilian L i e b m a n n, Deutsche und österreichische Katholikentage - die fünf steirischen Katholikentage, in: Johannes M a r b ö c k (Hg.), Brüderlichkeit. Ringvorlesung der Theologischen Fakultät der Universität Graz zum Steirischen Katholikentag 1981, Graz 1981, 9-57; S c h w e c h l e r, Volksblatt, 85ff.

An den stark besuchten Versammlungen (die Teilnehmerliste weist 2424 Namen auf¹²²) nahmen auch Delegationen aus Tirol, Vorarlberg, Kärnten, Wien, Niederösterreich und anderen Kronländern teil.¹²³ Wenn auch etwa 60 % der Teilnehmer aus Graz bzw. der näheren Umgebung (z.B. Straßgang, St. Peter, St. Veit) kamen, so waren doch die meisten Gemeinden der Diözese, oft auch nur mit einem Teilnehmer, vertreten. Stark vertreten waren Frohnleiten (mit 20 Teilnehmern), Gratwein (16), Krieglach (14), Maria-trost (23), Nestelbach (17), Stainz (18), Stallhofen (16), Straßgang (45), St.Bartholomä (14), St.Veit bei Graz (48), St.Peter bei Graz (63), Voitsberg (30), Weiz (40), Moos-kirchen (25) und Wundschuh (73), Orte in denen bald Katholisch-konservative Vereine gegründet werden sollten oder wie in Wundschuh bereits gegründet waren.¹²⁴ Hingegen waren Anrfels, Ilz, Kobenz, Leibnitz, Langenwang, Pöls, Passail, St.Ruprecht an der Raab, St.Lorenzen im Mürztal, Trofaiach, Voralpe und Wildon, wo ebenfalls bald Katholisch-konservative Vereine gegründet wurden, nur schwach vertreten, während aus Fohnsdorf, wo bereits im August 1869 von Kaplan Neissl ein Katholisch-Konservativer Verein gegründet worden war, überhaupt niemand an diesem 1. Katholikentag teilnahm.¹²⁵ Die soziale Zusammensetzung zeigt, daß neben einer großen Zahl von Geistlichen (ca. 15 %) v.a. bäuerliche Schichten, aber auch kleine Handwerker und Gewerbetreibende das Hauptkontingent der Besucher stellten. Hinzu kommen einige wenige Vertreter der Intelligenz wie Prof. Maassen, aber auch Aristokraten (z.B. Graf Blome, Baron Call, Anton und Gordian Gudenus, Karl Graf Stürgkh). Neben den slowenischen Landtagsabgeordneten Michael Herman, Lippold, Dr. Prelog und Dr. Josef Vošnjak sind auf der Teilnehmerliste auch die künftigen konservativen Landtagsabgeordneten der Jahre ab 1870, wie Isidor Allinger, Anton Bärnfeind, Dr. Heinrich Lehmann und Johann Weinhandel sowie Kaplan Urban Offenluger (1890/91 Lgk. Bruck), Kaplan Ildelfons Schweitzer (1884/85 Lgk. Hartberg) und Dechant Anton Semlitsch (1878-1883 Lgk. Graz Umgebung) zu finden. Hinzu kommen Prof. Maassen, Karlon, Johann Wöhr (Lgk. Irdning 1878-1883) und die Gebrüder Alfred und Heinrich D’Avernas. Auch Frauen waren zugelassen, allerdings nur als Zuhörer!¹²⁶ Interessant ist das Fehlen der Bischöfe von Lavant und Gurk, die sich mit „anderweitigen Geschäften“ entschuldigt hatten.¹²⁷ Neben den Maigesetzen und dem Konkordat sowie der künftigen Wahlstrategie kam auch die Arbeiterfrage, die entscheidend von Kaplan Wöhr¹²⁸ geprägt wurde, zur Behandlung. Vor dem Hintergrund der Arbeiterversammlungen in Wien und Graz hatte Baron Buol im Katholisch-Konservativen Verein bereits im Juli 1869 zur Arbeiterfrage Stellung genommen. Während er zwar die sozialen Forderungen (gerechter Lohn, gesunde Wohnungen, Arbeiterschulen, Abschaffung der Kinderarbeit und Verringerung

¹²² Bericht über die Verhandlungen in den öffentlichen und geschlossenen Versammlungen des katholisch-konservativen Volksvereines in Graz am 15. und 16. September 1869, Graz 1869.

¹²³ Selbst die Anreise war perfekt durchorganisiert. So wurde sowohl mit der Südbahn als auch der West- und Rudolfsbahn eine fünfzigprozentige Ermäßigung des Fahrpreises für die Teilnehmer vereinbart. Grazer Volksblatt, Nr. 200, 1.9.1869 und Nr. 209, 12.9.1869.

¹²⁴ Statth.Präs. 5Ver-24/1869.

¹²⁵ Statth.Präs. 5Ver-1547/1869.

¹²⁶ Grazer Volksblatt, Nr. 204, 5.9.1869.

¹²⁷ Statth.Präs. 5Ver-24/1869 : 1651/1869.

¹²⁸ Kaplan Wöhr hatte wenige Monate zuvor in Bad Aussee einen katholischen Arbeiterbildungsverein gegründet. Zu Kaplan Wöhr s. Julius B u n z e l, Die Anfänge der modernen Arbeiterbewegung in der Steiermark, Leipzig 1913, 37f; Franz O e r, Ehrenbuch steirischer Priester, Graz-Leipzig 1920, 73-87; Maximilian L i e b m a n n, Die Anfänge der Katholischen Sozialbewegung in der Steiermark, in: Kummer-Institut-Schriften 2/92; Brunner / Schuller, Absolventen, 380f.

der Arbeitszeit) für berechtigt erklärte, lehnte er ihre politischen Forderungen, v.a. nach Einführung des allgemeinen Wahlrechts, entschieden ab. Besonders aber bedauerte er die kirchenfeindliche Stimmung der Arbeiterschaft, da „[...] ein religionsloser daher gottloser Arbeiter ein williges Werkzeug in den Händen der Revolutionspartei sei [...]“. ¹²⁹ Wöhrs Bemühungen um die Arbeiterschaft wurden kirchlicherseits nicht weiter unterstützt, wie überhaupt die soziale Frage als politisches Thema vor dem Hintergrund des die Konservativen in diesem Zeitraum beinahe ausschließlich beschäftigenden Kulturkampfes fast völlig zurückgedrängt wurde. ¹³⁰ Während die liberale Presse und die führenden (liberalen) politischen Kreise des Landes dieser Massenveranstaltung nur wenig Beachtung schenkten, übermittelte die Statthalterei den Ministerien für Inneres, öffentliche Sicherheit und Kultus eine detaillierte Analyse dieser ersten katholischen Massenveranstaltung. Ihrer Einschätzung nach „[...] haben diese Versammlungen jedenfalls eine nicht zu unterschätzende Bedeutung als der Ausdruck der außerordentlichen Rührigkeit jener Parthei, [...] auf alle mögliche Weise die bäuerliche Bevölkerung und die Arbeitermassen [sic!] an sich zu ziehen.“ ¹³¹

2.3.2. Die Entwicklung eines flächendeckenden Vereinswesens

Als unmittelbares Ergebnis dieses 1. steirischen Katholikentages ist die Gründung des katholischen Preßvereines (s.o.) anzusehen. Mit Stichtag 4. Oktober 1869 zählte der katholisch-konservative Verein Graz 570 Mitglieder. Von Bischof Zwirger tatkräftig unterstützt, ¹³² wurden neben diesem binnen kürzester Zeit im gesamten Land verstärkt katholisch-konservative Vereine gegründet, ¹³³ die, wie die Landtagswahlen von 1870 zeigen sollten, zum Träger der katholisch-konservativen Bewegung in der Steiermark wurden. ¹³⁴ Eine voraussehende Organisation ermöglichte die problemlose Gründung lokaler Vereine. Da die Gründung von Filialen bei politischen Vereinen auf Grund des Vereins- und Versammlungsgesetzes nicht möglich war, veröffentlichte das „Grazer Volksblatt“ schon kurze Zeit nach Gründung des Grazer Vereines einen „Leitfaden zur

¹²⁹ Grazer Volksblatt, Nr. 150, 4.7.1869.

¹³⁰ Maximilian Liebmann, Katholisches Leben in der Zeit Fürstbischof Zwirgers, in: Celedin / Bouvier / Liebmann (Hg.), 15f.

¹³¹ Statth.Präs. 5Ver-24/1869 : 1651/1869.

¹³² Oer, Zwirger, 200f.

¹³³ 1869: Krieglach, Fohnsdorf, Langenwang, Wundschuh, Kainbach, Mariatrost, Pürgg bei Liezen, Wies, Gratwein, Nestelbach, Stattegg, Stainz, St.Stefan/Gratkorn, Mooskirchen, Kobenz bei Judenburg, Weiz, Ilz, Hatzendorf, Straßgang, St.Stefan im Rosental, Haus, St.Florian, Wildon, Passail, St. Lorenzen im Mürztal, Frohnleiten, St.Veit bei Aigen, Übelbach sowie Aussee, Gratkorn, St.Bartholomä, St.Veit bei Graz, St.Peter bei Graz, Hartmannsdorf und Voitsberg.

1870: Schwanberg, St.Ruprecht a.d.Raab, Straden, Stift Rein, St.Peter bei Judenburg, Lankowitz, Mautern, St.Martin bei Windischgraz, Pöllau, Gösting, Deutsch-Feistritz, St.Martin im Sulmtal, St.Veit am Vogau, Ligest, Premstätten, Preding, St.Marcin am Pickelbach, St.Lambrecht, Gnas, Dechantenkirchen, Donatiberg bei Rohitsch, Hitzendorf, St.Ruprecht bei Marburg, Marburg, Halbenrain, Feldbach, Altenmarkt bei Fürstenfeld, Pöls, Trofaiach, Vorau, Gleinstätten, St.Margareten a.d.Raab, Kirchberg a.d.Raab, Unzmarkt und Grafendorf bei Hartberg.

1871: St.Martin a.d.Drau, Feldkirchen bei Graz, Murau, Saldenhofen, Stanz im Mürztal, Kindberg, St.Lorenzen i.d.Wüste, Admont, Leibnitz, Stallhofen, Loipersdorf und Piber sowie 1872: St.Johann bei Leibnitz. Vgl. Präs.53 sowie Schwechler, Volksblatt, 199; Oer, Zwirger, 220.

¹³⁴ Schwechler, Volksblatt, 199.

Vereinsgründung“ (mit Hinweisen über Stempelgebühren, Fristen, etc.). ¹³⁵ Mit ganz wenigen Ausnahmen (z.B. Weiz) übernahmen die meisten Vereine die Statuten des Grazer Vereines, in deren gedruckte Fassung nur mehr der Sitz des jeweiligen Vereines einzutragen war. ¹³⁶

Stimmungsberichte der Bezirkshauptmannschaften vom Frühjahr 1870 dokumentieren die bereits existierende Organisationsdichte und Effizienz der katholisch-konservativen Vereine, v.a. aber die Bedeutung der Pfarrer in diesen. So äußerte im Februar 1870 beispielsweise der Bezirkshauptmann von Graz Umgebung die Befürchtung, daß es bei den bevorstehenden Bezirksvertretungswahlen zu harten Auseinandersetzungen zwischen Konservativen und Liberalen kommen könnte, da v.a. die an der Spitze der Katholisch-Konservativen Vereine und Volksversammlungen stehenden Priester der zum Stift Rein inkorporierten Pfarren „eine solche Schrofheit der liberalen Partei gegenüber einnehmen, und die bäuerliche Bevölkerung gegen die sogenannte Intelligenz aufzuhetzen trachten so, daß Insulten und Thätlichkeiten bei dem mangelhaften Bildungsgrade der Bauern zu gewärtigen“ seien. Darüber hinaus gebe es Versuche, die Gewerbetreibenden mit Kaufboykottandrohungen zum Eintritt in den Katholisch-Konservativen Verein zu zwingen. ¹³⁷ Aufgrund der „vortrefflichen“ Organisation der politischen Tätigkeit des Klerus im Bezirk Leibnitz prophezeite im Frühjahr 1870 auch die dortige Bezirkshauptmannschaft den Konservativen ebenfalls einen großen Wahlerfolg, umso mehr als der liberale Volksbildungsverein (s.u.), der zwar auch eine große Zahl von Mitgliedern hatte, kaum in Erscheinung trat. Mit Ausnahme der Steuern sei das allgemeine politische Interesse der Landbevölkerung - im Bericht als „willenlose Herde“ in den Händen des Klerus bezeichnet - „streng genommen null“. ¹³⁸

Soweit die Protokolle der die Versammlungen der katholisch-konservativen Vereine obligatorisch besuchenden Regierungsvertreter vorhanden sind, dominierten die Geistlichen (zumeist als Obmänner) diese eindeutig. So berichteten und kommentierten sie nicht nur die innenpolitischen Ereignisse (neben der Bedeutung der Wahlen v.a. die Schulgesetzgebung und die heftigst bekämpften neuen Schulbücher), sondern auch außenpolitische Ereignisse. ¹³⁹ Da die in diesen Versammlungen gemachten Aussagen und Äußerungen immer wieder zu Anzeigen (zumeist gegen Geistliche ¹⁴⁰) führten, versuchten einzelne Vereine die Anwesenheit eines Regierungskommissärs zu verhindern, sei es, daß mehrere Vereinsversammlungen gleichzeitig in einem Bezirk angemeldet, die Versammlung kurzfristig in einen anderen Ort verlegt oder nach dem offiziellen Schluß und dem Weggehen des Bezirksvertreters die Versammlung hinter verschlossenen Türen neuerlich eröffnet wurde. Besonders 1870 häuften sich daher die Klagen der Bezirkshauptmannschaften über die aus der übergroßen Zahl von Vereinsversammlungen entstehende personelle und finanzielle Überbelastung. ¹⁴¹

Wie eine Zusammenstellung der Statthalterei vom April 1871 zeigt (s. Anhang), verfügten die Konservativen (mit Ausnahme einiger Vereine in der Untersteiermark)

¹³⁵ Grazer Volksblatt, Nr. 285, 17.10.1868 und Nr.291, 23.10.1868.

¹³⁶ Statth. 53-13123/1868.

¹³⁷ Statth.Präs.5 Ver - 1547/1869 : 240/1870.

¹³⁸ Statth.Präs.5 Ver - 1547/1869 : 868/1870.

¹³⁹ Neben der Einnahme Roms durch italienische Truppen gehörte zu den immer wieder angesprochenen Themen v.a. die „kirchenfeindliche“ Politik anderer Staaten (so Preußen, Frankreich, Italien und Rußland).

¹⁴⁰ So wurde beispielsweise der Stainzer Kaplan Franz Höller wegen Übertretung des Versammlungsrechts zwei Mal zu 10 bzw. 15 fl. Strafe verurteilt. (Statth.Präs.5 Ver - 1547/1869 : 2603/1870). Weitere s. Statth.Präs. 23-508/1869.

¹⁴¹ Statth.Präs.5 Ver.

bereits über ein Netz von 61 Vereinen mit 8.328 Mitgliedern (hinzu kommt noch der Katholische Preßverein mit 2.253 Mitgliedern). 1873 bestanden schließlich 78 Vereine mit 11.853 Mitgliedern. Während beim Gros der Vereine ein leichter Mitgliederzuwachs bzw. eine Stagnation zu verzeichnen ist, verliert der Grazer Verein, der 1871 noch 683 Mitglieder zählte, im selben Zeitraum bis zu einem Drittel seiner Mitglieder (456). In Relation zur männlichen Bevölkerung bedeutet dies eine Abnahme von 5,13 % auf 1,19 %. Die geographische Verteilung der Vereine zeigt die Hochburgen der Konservativen bei Landtags- und Reichsratswahlen: generell die Ost- und Südsteiermark inklusive des Bezirks Graz Umgebung, während ihre Zahl in der Obersteiermark stets gering blieb. Problematischer ist eine Bewertung der Mitgliederzahlen der einzelnen Vereine: da eine Relation Mitgliederzahl zur Zahl der (männlichen¹⁴²) Gemeindebewohner nicht zielführend ist (als Extrembeispiel sei hier Grafendorf angeführt, wo der konservative Verein 1873 1076 Mitglieder bei 217 männlichen Einwohnern zählte!), erscheint ein Vergleich auf Bezirksebene zielführender. Ohne Graz läßt sich für die katholisch-konservativen Vereine 1873 eine Organisationsdichte von 3,79 % zur männlichen Bevölkerung konstatieren. Hartberg und Weiz sprengen mit 8,96 bzw. 9,22 % geradezu den Landesdurchschnitt, während andere konservative Hochburgen wie Leibnitz (4,22 %), Graz Umgebung (4,36 %) und Deutschlandsberg noch knapp über dem Durchschnittswert liegen bzw. Radkersburg (3,65 %) und Feldbach (2,94 %) schon darunter sind, ebenso Judenburg (2,23 %). Die Effizienz, Rührigkeit und damit politische Bedeutung der konservativen Vereine hängt naturgemäß aber nicht nur von ihrer Quantität bzw. dem Mitgliederstand ab: So erwiesen sich nach Berichten der jeweiligen Bezirkshauptmannschaften gerade die Vereine in den Bezirken Judenburg, Feldbach und Radkersburg als besonders rührig.¹⁴³ Die Bezirkshauptmannschaft von Radkersburg riet 1870 sogar zur Auflösung aller katholisch-konservativen Vereine in ihrem Bezirk.¹⁴⁴ Im Vergleich dazu blieb der von den Liberalen gegründete Stmk. Volksbildungsverein nicht nur quantitativ, sondern v.a. in seiner Wirkung auf die ländliche Bevölkerung unbedeutend.¹⁴⁵ Der Erfolg der katholisch-konservativen Vereine hatte aber auch Auswirkungen auf einen der traditionellsten Vereine, die von Erzherzog Johann gegründete k.k. steierm. Landwirtschaftsgesellschaft: seit 1871 kam es mit der Begründung zu einer Vielzahl von Austritten, diese nehme (im liberalen Sinne) zu religiösen und politischen Fragen

¹⁴² Die Relation zur männlichen Einwohnerzahl scheint deshalb sinnvoller, als nur Männer wahlberechtigt waren.

¹⁴³ Statth.Präs.5 Ver - 1547/1869.

¹⁴⁴ „Bei der so entschiedenen Tendenz dieser Vereine, der Landbevölkerung jede geistige Fortbildung zu entziehen und dieselbe als Waffe gegen die Regierung [...] zu gebrauchen, kann man das Wirken dieser Vereine wohl nicht anders als ein entschieden regierungsfeindliches bezeichnen und dürfte aus diesem Grunde die Auflösung aller dieser Vereine nicht nur allein gerechtfertigt sein, sondern von der gesamten Intelligenz dankbar begrüßt werden. Statth.Präs.5 Ver - 1547/1869.

¹⁴⁵ Der Steiermärkische Volksbildungsverein wurde 1869 über Initiative des „Deutschen Demokratenverein in Graz“ als Gegengewicht zu den katholisch-konservativen Vereinen gegründet. Mit seinem Organ „Der Dorfbote“ sollten v.a. die ländliche Bevölkerung erreicht werden, ein Ziel, das nur in sehr beschränktem Umfang erreicht wurde. Für das Ministerium des Inneren beschrieb die Statthalterei 1871 den Volksbildungsverein, dem es nicht nur an ausreichenden Mitteln, sondern v.a. auch an geeigneten Persönlichkeiten fehle um den Konservativen ausreichend Widerstand zu leisten. So halbierte sich auch sein landesweiter Mitgliederstand im Zeitraum 1871-1873 von 2.357 auf 1.096. Statth. 5 Ver - 764/1871; vgl. Der Steierm. Volksbildungs-Verein. Sein Entstehen und fünfundzwanzigjähriges Wirken, hg. v. Vereins-Ausschusse, Graz 1894.

Stellung.¹⁴⁶ Hinzu kam wohl auch die enge Verflechtung prominenter liberaler Politiker wie Moritz von Kaiserfeld (Präsident), Prof. Hlubek (als Sekretär) und eine Reihe anderer Persönlichkeiten (beispielsweise Moritz von Franck und Dr. Josef von Neupauer als Mitglieder des Centralausschusses oder Vorsteher von Filialen) mit der Landwirtschaftsgesellschaft.¹⁴⁷

3. Wahlen und Wahlkämpfe

3.1. Die Landtagswahlen von 1870

Tatsächlich brachten die Landtagswahlen vom Sommer 1870 den Katholisch-Konservativen, wie auch den Slowenen, einen großartigen Erfolg in der Landgemeindenkurie und eine schwere Niederlage für die Liberalen. Von den 13 mittel- und obersteirischen Landgemeinewahlbezirken gewannen die Konservativen neun (Graz Umgebung, Judenburg, Irdning, Radkersburg, Weiz, Hartberg, Feldbach, Leibnitz und Stainz) und brachten damit elf Kandidaten (Leibnitz und Feldbach wählten je zwei Abgeordnete) in den Landtag, gegenüber nur vier der Liberalen. Bis 1914 verdrängten die Katholisch-Konservativen und in der Folge die Christlichsozialen die Liberalen gänzlich aus der Landgemeindenkurie. Einzig die obersteirischen Landgemeinewahlbezirke leisteten den längsten „Widerstand“.¹⁴⁸

Den ersten Beweis ihrer politischen Schlagkraft hatten die Katholisch-Konservativen bereits 1869, anlässlich der durch die Mandatsniederlegung Dr. Stremayrs im Wahlbezirk Vorstädte Graz der Städtekurie des Landtages notwendig gewordenen Nachwahl gegeben. Prof. Maassen, der bei einer Wahlversammlung des Katholisch-Konservativen Vereins auf Antrag Karlons einstimmig als Kandidat nominiert worden war,¹⁴⁹ unterlag zwar dem liberalen Gegenkandidaten Dr. Peters, doch machte das Antreten der Katholisch-Konservativen immerhin einen zweiten Wahlgang notwendig, den sie letztlich durch ihre Wahlempfehlung, wenn auch indirekt, mitentschieden.¹⁵⁰ Immerhin hatte Prof. Maassen im 1. Wahlgang knapp 15 % der abgegebenen Stimmen erhalten,¹⁵¹ insbesondere jene der wahlberechtigten Frauen.¹⁵²

¹⁴⁶ Dorfbote, Nr.4, 25.1.1872.

¹⁴⁷ F.X. H l u b e k, Ein treues Bild des Herzogthumes Steiermark als Denkmal dankbarer Erinnerung an Weiland Se. kaiserliche Hoheit den durchlauchtigsten Erzherzog Johann, Graz 1860, 401ff; Wochenblatt der kaiserl. königl. stmk. Landwirthschafts-Gesellschaft, 1861ff; Der steirische Landbote. Organ für Landes- und Landescultur-Interessen, 1868ff. Zur Stmk. Landwirtschaftsgesellschaft s. Anna B a r t h, Agrarpolitik im Vormärz. Die Steirische Landwirtschaftsgesellschaft unter Erzherzog Johann, Graz 1980.

¹⁴⁸ Vgl. M a r k o - S t ö c k l, Wahlrecht, 269ff.

¹⁴⁹ Grazer Volksblatt, Nr. 94, 25.4.1869 und Nr. 92, 23.4.1869 (Beilage).

¹⁵⁰ Die Wahlempfehlung der Konservativen für den zweiten liberalen Kandidaten, Vizebürgermeister Remschmidt, den sie als „das kleinere Übel“ apostrophierten, kostete diesem im 2. Wahlgang nach Ansicht der „Tagespost“ wohl den Sieg. Grazer Volksblatt, Nr. 100, 2.5.1869; Tagespost, Nr. 111(A), 28.4.1869.

¹⁵¹ Im 1. Wahlgang wurden 963 Stimmen abgegeben, davon entfielen 408 Stimmen auf Prof. Peters, den Kandidaten des „Deutschen Demokratenvereins“, 387 Stimmen auf Vizebürgermeister Remschmidt, den Kandidaten der „Bürgerpartei“ sowie 144 Stimmen (=14,9 %) auf Prof. Maassen. Vgl. Grazer Volksblatt, Nr. 86, 16.4.1869 und Nr. 98, 30.4.1869.

¹⁵² Nicht umsonst hatte der katholisch-konservative Verein schon im Wahlkampf die (allerdings nur mittels Bevollmächtigte) wahlberechtigten Frauen „entdeckt“. Vgl. Grazer Volksblatt, Nr. 94, 25.4.1869.

Die Bedeutung des Katholisch-Konservativen Vereins für den Wahlausgang zeigt der Vergleich mit den Landtagswahlen von 1867, wo Maassen ohne jegliche organisatorische Basis nur eine Randfigur geblieben war.¹⁵³ 1867 war es den Konservativen einzig in der Kurie des Großgrundbesitzes gelungen, allerdings nur dank der Uneinigkeit der Liberalen, einen Abgeordneten (Baron Buol) in den Landtag zu wählen.¹⁵⁴

1870 traten die Konservativen erstmals landesweit mit einem (wie der Erfolg zeigen sollte) effizienten „Apparat“ an. Ähnlich den Liberalen¹⁵⁵ organisierten die Konservativen ihren Wahlkampf ebenfalls über ein Personencomité, das einen Wahlauftrag an die Wähler richtete.¹⁵⁶ Mit Heinrich Graf D'Avernas (Obmann), Alfred Graf D'Avernas, Alois und Johann Karlon, Prof. Friedrich Maassen und Baron Ernest Gudenus gehörten diesem Wahlcomité wieder die prominentesten Repräsentanten der katholisch-konservativen Bewegung in der Steiermark an. Mit den übrigen, weniger prominenten Mitgliedern des Wahlcomités waren sämtliche Gebiete des Landes repräsentiert. Keineswegs hingegen bestand eine Relation zwischen der sozialen Zusammensetzung des Comités und der „Hauptzielwählergruppe“ bäuerliche Landbevölkerung, da als lokale Repräsentanten vorwiegend Geistliche auftraten.¹⁵⁷ Fast sämtliche Mitglieder dieses Comités hatten am Katholikentag teilgenommen,¹⁵⁸ einige von ihnen waren Obmänner der lokalen Katholisch-konservativen Vereine.¹⁵⁹

Zu den heftigsten Auseinandersetzungen zwischen Liberalen und Konservativen kam es in den Landgemeindewahlbezirken Weiz, Hartberg und Leibnitz. Neben der Geistlichkeit verdanken die Katholisch-Konservativen ihren totalen Erfolg den v.a. in diesen Wahlbezirken bereits gut organisierten Katholisch-Konservativen Vereinen.

Das prominenteste „Opfer“ des katholisch-konservativen Erfolges war Moritz von Kaiserfeld, Landeshauptmannstellvertreter (ab 1870 Landeshauptmann) und Präsident des Abgeordnetenhauses, der in Weiz Baron Ernest von Gudenus mit 12 zu 111 Stimmen unterlag.¹⁶⁰ 1861 war Moritz von Kaiserfeld in diesem Wahlbezirk noch per Akkla-

¹⁵³ So erhielt er im Wahlbezirk Graz Stadt nur 4 von 304 abgegebenen Stimmen (=1,31 %) und 14 von 632 Stimmen (=2,31 %) im Wahlbezirk Vorstädte Graz. Tagespost, Nr. 21, 25.1.1867 und Nr. 24, 29.1.1867.

¹⁵⁴ Baron Buol erhielt u.a. die Stimmen von Bischof Ottokar Maria Attems, weiters der Familie Attems, der Grafen Blome, Herberstein und Khünburg, von Baron Gudenus, den Bevollmächtigten der Fürsten Liechtenstein, des Malteserordens und des Klerus. Vgl. Tagespost, Nr. 26 (A), 31.1.1867 und Nr. 27, 1.2.1867.

¹⁵⁵ Vgl. Edith M a r k o - S t ö c k l, „Revolutionäre - Reformer - Honoratioren - Alte“. Die Entwicklung der politischen Landschaft in der Steiermark am Fallbeispiel der Liberalen der sechziger und frühen siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts. (in Druck).

¹⁵⁶ „Die große Mehrzahl des steirischen Volkes will solche Vertreter, welche die Freiheit der Religion und ihrer Uebung und darum auch die Freiheit und die Rechte der katholischen Kirche respektiren. Die große Mehrzahl des steirischen Volkes will solche Vertreter, die fest an Kaiser und Reich halten, die unser großes, herrliches, völker- und länderbeschirmendes Oesterreich von ganzem Herzen lieben, die nimmer im Stande wären, um phantastischer Träume von deutscher Einheit willen es zu verrathen in Gedanken, Worten oder Werken.“ Grazer Volksblatt, Nr. 126, 4.6.1870.

¹⁵⁷ So Leopold Hofbauer, Johann Hubmann, Alois Zeiringer, Karl Zetter (alle Graz), Franz Höller (Stainz), Franz Janitz (Langenwang), Josef Müller (Kobenz), Bernhard Rainer (Frohnleiten), Josef Parfuss (Ilz), Johann Schmidt (Wildon), Franz Weissenböck (Straden), Josef Zapletal (Leoben). Weiters der Richter Michael Herman (Vorau) sowie Johann Schumy, Johann Junghans (Haus), Kajetan Luschnigg (St.Peter am Kammerberg), I. Zengerer (Rottenmann), deren Berufe unbekannt sind. Vgl. S c h w e c h l e r, 201f; Grazer Volksblatt, Nr. 126, 4.6.1870.

¹⁵⁸ Mit Ausnahme von Schumy, Junghans, Luschnigg und Zengerer.

¹⁵⁹ So Höller (Stainz) und Parfuss (Ilz).

¹⁶⁰ Tagespost, Nr. 164, 24.6.1870.

mation gewählt worden,¹⁶¹ und selbst 1867 hatte er noch mit 73 zu 50 Stimmen über Bezirksvorsteher Haag gesiegt.¹⁶² Konservative und Liberale hielten im gesamten Wahlbezirk eine Reihe von Wählerversammlungen ab, wobei auf konservativer Seite die katholisch-konservativen Volksvereine (so in Weiz mit 300 Teilnehmern¹⁶³) die Organisation übernahmen. In Gleisdorf kamen die Mitglieder des liberalen Grazer Wahlcomités erst gar nicht zu Wort und mußten unter Hohngelächter wieder abziehen.¹⁶⁴ Der Großteil der Wahlmänner gehörte daher auch katholisch-konservativen Vereinen an.¹⁶⁵ Während Kaiserfeld in seinen Ansprachen die Politik der Liberalen (v.a. die Nationalitätenpolitik aber auch die Schulgesetze) verteidigte und auf die Erfolge der Landesverwaltung hinwies,¹⁶⁶ stellten Baron Gudenus und die Konservativen einen Forderungskatalog vor, in dem sie gerade jene Probleme aufgriffen, die die Landbevölkerung am direktesten betrafen. So konfrontierte etwa der Katholisch-Konservative Verein Windisch-Hartmannsdorf die künftigen Abgeordneten mit folgendem Forderungskatalog: Erhaltung der konfessionellen Schule und Ablehnung der Zivilehe, Reduktion der Steuern, v.a. der Militärausgaben, Vereinfachung des Gerichts- und Notariatswesens, bessere Verwaltung der Gemeinderechte, direkte Wahl der Landgemeindenabgeordneten und Gleichstellung mit der Städtekurie, Abänderung des Wehrgesetzes, Regelung und Einschränkung des Vagabundenwesens sowie Einschränkung der Gewerbefreiheit, v.a. des Schankgewerbes und Verhinderung der Freiteilbarkeit des Grundes.¹⁶⁷

Ein weiterer prominenter Liberaler, Dr. Carl Stremayr, ab 1870 Kultusminister, unterlag in Leibnitz (wo in der Landgemeindenkurie zwei Mandate zu vergeben waren) den konservativen Gegenkandidaten Alfred Graf D'Avernas und Alois Karlon.¹⁶⁸ Für den Wahlausgang mitentscheidend waren auch hier die (wie in Arnfels,¹⁶⁹ teilweise erst wenige Tage vor den Wahlen gegründeten) katholisch-konservativen Volksvereine.

Im Unterschied zu den Wahlbezirken Weiz und Leibnitz, wo die konservativen Kandidaten gegen prominente liberale Politiker anzutreten hatten, machten es ihnen die Liberalen im Wahlbezirk Hartberg durch die Nominierung des relativ unbekanntes Vinzenz Adam, Direktor der Lehrerbildungsanstalt, äußerst leicht.¹⁷⁰ Während sein konservativer Gegenkandidat, der prominente Vorauer Propst Isidor Allinger, Obmann der Bezirksvertretung Vorau und Mitglied der Bezirksvertretungen Hartberg und Friedberg,¹⁷¹ vor der Wahl von Dorf zu Dorf gefahren war und mit jedem Wahlmann persönlich gesprochen hatte,¹⁷² beschränkte sich der liberale Wahlkampf in erster Linie darauf, Direktor Adam den Gemeindevorstehern aller Landgemeinden durch das Gemeindeamt Hartberg schriftlich als Abgeordneten zu empfehlen.¹⁷³ Das Wahlergebnis zeigt den vollen Erfolg der Katholisch-Konservativen: Isidor Allinger erhielt 83 von 101 abgegebenen Stimmen.¹⁷⁴

¹⁶¹ Tagespost, Nr. 68, 22.3.1861.

¹⁶² Tagespost, Nr. 19, 23.1.1867.

¹⁶³ Grazer Volksblatt, Nr. 123, 1.6.1870.

¹⁶⁴ Tagespost, Nr. 157 (A), 16.6.1870.

¹⁶⁵ Grazer Volksblatt, Nr. 138, 21.6.1870.

¹⁶⁶ Tagespost, Nr. 162, 22.6.1870.

¹⁶⁷ Grazer Volksblatt, Nr. 138, 21.6.1870.

¹⁶⁸ Tagespost, Nr. 164, 24.6.1870.

¹⁶⁹ Tagespost, Nr. 164, 24.6.1870.

¹⁷⁰ Tagespost, Nr. 142, 30.5.1870 und Nr. 157(A), 16.6.1870.

¹⁷¹ Grazer Volksblatt, Nr. 133, 14.6.1870.

¹⁷² Tagespost, Nr. 168(A), 28.6.1870.

¹⁷³ Grazer Volksblatt, Nr. 139, 22.6.1870.

¹⁷⁴ Tagespost, Nr. 164, 24.6.1870.

Im Wahlbezirk Judenburg war es bereits bei den Urwahlen zu ernsthaften Auseinandersetzungen zwischen Katholisch-Konservativen und Liberalen gekommen. So mußte etwa in Fohnsdorf die Urwahl, die die Liberalen ursprünglich gewonnen hatten, wiederholt werden.¹⁷⁵ Die Wahl selbst gewann der konservative Kandidat mit 49 zu 20 Stimmen.¹⁷⁶ Das gegenseitige Mißtrauen ging so weit, daß beispielsweise der „Ausschuß des Katholisch-Konservativen Vereins zu Kobenz“, der Heimatgemeinde Bärnfonds, den konservativen Wahlmännern des Bezirkes davon abriet mit der Eisenbahn (Möglichkeit manipulierter Verspätungen!), sondern mit „eigener Gelegenheit“ zur Wahl nach Judenburg zu fahren.¹⁷⁷

Der „Spitzenkandidat“ der Katholisch-Konservativen, Prof. Maassen, kandidierte (da auch für ihn ein Antreten in der Städtekurie aussichtslos war) im Landgemeindenwahlbezirk Stainz, wo er schließlich mit 103 zu 35 Wahlmännerstimmen über Baron Mandell siegte.¹⁷⁸ In seinen Wahlreden hatte Maassen eine Revision der Wahlordnung zugunsten der Landbevölkerung sowie die Einführung des allgemeinen Stimmrechts gefordert (sic! Lehnten die Konservativen doch über Jahrzehnte die Einführung des allgemeinen Wahlrechts ab, so bereits Baron Buol 1869 (s.o.)).¹⁷⁹

Weitere Siege erfochten die Katholisch-Konservativen in den Wahlbezirken Graz Umgebung (Heinrich Graf D'Avernas mit 75 zu 18 Wahlmännerstimmen über den Industriellen Jakob Syz),¹⁸⁰ in Irdning¹⁸¹ (der einheimische Bauer Nerwein siegte über den prominenten Grazer Universitätsprofessor Schauenstein¹⁸²), in Feldbach (Pfarrer Dr. Lehmann und Müllermeister Weinhandl relativ knapp über Baron Hammer-Purgstall und Landtagsabgeordneten Dr. Karl Bayer)¹⁸³ sowie in Radkersburg (Graf Platz).¹⁸⁴ Selbst die liberale „Tagespost“ mußte in ihrem Wahlresümee das geschlossene Auftreten der Konservativen als Grundstein ihres Erfolges anerkennen. Ihre Hoffnung, daß die liberalen Volksbildungsvereine den Einfluß der Konservativen auf die Landbevölkerung einschränken könnten, erfüllte sich nicht.¹⁸⁵ Im Unterschied zu den zwei von der Landgemeindenkurie gewählten Bauern, die sie „nur“ als Marionetten von Prof. Maassen bezeichnet, geht die „Tagespost“ mit den vier in den Landtag gewählten konservativen Aristokraten („fromm und reactionär“) weitaus härter ins Gericht.¹⁸⁶

¹⁷⁵ So waren nur die liberalen Wähler schriftlich vom Wahltermin verständigt worden, während die offizielle Wahlankündigung schlecht sichtbar ausgehängt worden war bzw. nur die wenigsten die Ankündigung durch „Trommelschlag“ hören konnten. Bei der Wiederholung der Wahl wurden alle Wahlberechtigten schriftlich verständigt, sodaß auch 50 Konservative zur Wahl erschienen, während nun die Liberalen aus Protest die Wahl boykottierten. Grazer Volksblatt, Nr. 148, 3.7.1870.

¹⁷⁶ Tagespost, Nr. 163(A), 23.6.1870.

¹⁷⁷ Grazer Volksblatt, Nr. 137, 19.6.1870.

¹⁷⁸ Grazer Volksblatt, Nr. 163, 26.6.1870.

¹⁷⁹ Tagespost, Nr. 151(A), 10.6.1870.

¹⁸⁰ Grazer Volksblatt, Nr. 141, 24.6.1870.

¹⁸¹ Im Unterschied zu anderen Wahlbezirken der Landgemeindenkurie konnte sich hier keine Partei klar durchsetzen. Grazer Volksblatt, Nr. 141, 24.6.1870.

¹⁸² Prof. Schauenstein, Ausschußmitglied des Deutschen Volksvereins, gehörte im Sommer 1868 zu den Proponenten der liberalen, antipäpstlichen Adresse. Statth.Präs. 5-1566/1868 : 1571/1868.

¹⁸³ 104 bzw. 92 Wahlmännerstimmen für Lehmann und Weinhandl zu 80 bzw. 54 Stimmen für Baron Hammer-Purgstall und Dr. Bayer. Grazer Volksblatt, Nr. 141, 24.6.1870.

¹⁸⁴ Tagespost, Nr. 163(A), 23.6.1870.

¹⁸⁵ Tagespost, Nr. 166, 26.6.1870.

¹⁸⁶ „Ob ihr Geburtsbewußtsein den Gedanken verträgt, von Männern gewählt worden zu sein, deren geistige Unselbständigkeit die Erkenntniß nicht gestattete, daß man sie belügt und verhetzt?“ Tagespost, Nr. 154, 25.6.1870.

In der Städtekurie wußten die Konservativen um ihre Chancenlosigkeit. So verzichteten sie in Graz auf jeden Wahlkampf, forderten aber die wahlberechtigten Mitglieder des Katholisch-Konservativen Vereins zum Wahlboykott auf, da zwei Drittel der Vereinsmitglieder auf Grund der Zensusbestimmung nicht wahlberechtigt waren.¹⁸⁷ Einzig im Wahlbezirk Hartberg nominierten die Konservativen einen eigenen Kandidaten (Pfarrer Rössl), der gegen den bereits in der Landgemeindenkurie geschlagenen Moritz von Kaiserfeld (s.o.) antrat. „Sicherheitshalber“ war Kaiserfeld bereits vor den Wahlen auch von der Stk. Hartberg als Kandidat nominiert worden war, ja selbst die Handelskammer Graz wartete mit ihrem Wahlakt bis zur telegrafischen Übermittlung der Wahlergebnisse in der Städtekurie, um so prominente Liberale wie Kaiserfeld, Rechbauer und Stremayr im Falle einer (neuerlichen) Niederlage wenigstens hier wählen zu können.¹⁸⁸ Moritz von Kaiserfeld siegte in Hartberg überlegen über seinen konservativen Gegenkandidaten Pfarrer Rössl, der aber immerhin ein Viertel der abgegebenen Stimmen erhielt.¹⁸⁹ Auf Grund des großen Erfolgs in der Landgemeindenkurie wurden 1870 erstmals auch zwei Katholisch-Konservative (Baron Gudenus und Johann Weinhandl) in den Reichsrat gewählt.¹⁹⁰

3.2. Die Landtagswahlen von 1871

Als durch Kaiserl. Patent vom 11. August 1871 die Landtage von Ober- und Niederösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Mähren, Schlesien und Tirol nach nur einem Jahr aufgelöst und die Neuwahlen für den 4. - 7. September ausgeschrieben wurden, um dem Ministerium Hohenwart im Reichsrat eine klare föderalistische Mehrheit zu verschaffen, waren die Katholisch-Konservativen in der Steiermark bestens gerüstet. Die Zahl der Katholisch-Konservativen Vereine hatte weiter zugenommen, v.a. vor Wahlen wurden immer wieder neue Vereine, hauptsächlich durch Pfarrer initiiert, gegründet.¹⁹¹ So berichtete beispielsweise die Bezirkshauptmannschaft Weiz im Jänner 1871 vom „unermüdlichem Eifer“ der Obmänner der Katholisch-Konservativen Vereine Weiz, Windisch-Hartmannsdorf, Passail und St.Ruprecht, deren Mitglieder vorwiegend Tagelöhner und Bauern waren.¹⁹² Bereits im Juni/Juli 1871 war es anlässlich mehrerer liberaler Volksversammlungen in Kindberg, Feistritz und Mürrzuzschlag zu tätlichen

¹⁸⁷ Grazer Volksblatt, Nr. 143, 26.6.1870.

¹⁸⁸ Tagespost, Nr. 159, 19.6.1870 und Nr. 169(A), 30.6.1870.

¹⁸⁹ Von 411 abgegebenen Stimmen entfielen auf Moritz von Kaiserfeld 306 (=74,45 %) und 105 (= 25,55 %) auf Pfarrer Rössl. Laut „Tagespost“ kam der Großteil der insgesamt 105 für Pfarrer Rössl abgegebenen Stimmen von der Geistlichkeit des Bezirkes (28 Geistliche und 15 Kirchenprobste), hinzu kamen 27 „mehr oder minder abhängige Vasallen des Stiftes Vorau“. Die übrigen 35 Wähler von Pfarrer Rössl waren vorwiegend Mitglieder katholisch-konservativer Vereine. Von den 105 Wählern aus Hartberg hatten 93 für Kaiserfeld und 12 für Pfarrer Rössl gestimmt. Rössl wurde v.a. von den Wählern aus Vorau und St.Ruprecht (=Sitz eines katholisch-konservativen Vereines) gewählt. Überraschenderweise hatte Rössl aus Friedberg, seinem Pfarrort, nur die Stimmen der Kapläne und eines Kirchenprobste erhalten. Vgl. Tagespost, Nr. 168, 28.6.1870, Nr. 169(A), 30.6.1870 und Nr. 170, 1.7.1870.

¹⁹⁰ Da der Reichsrat bis 1873 indirekt und nach Kurien von den Landtagen gewählt wurde, hatten die Abgeordneten der 13 ober- und mittelsteirischen Landgemeindenwahlbezirke zwei Reichsratsabgeordnete zu wählen. Landesordnung und Landtags-Wahlordnung für das Herzogthum Steiermark, RGBl. 20/1861, Beilage II,f, Anhang.

¹⁹¹ Das „Grazer Volksblatt“ nennt zu diesem Zeitpunkt 70 Vereine mit ungefähr 10.000 Mitgliedern. Grazer Volksblatt, Nr. 204, 6.9.1871.

¹⁹² Statth.Präs. 5 Ver - 764/1871.

Auseinandersetzungen zwischen Liberalen und Katholisch-Konservativen gekommen. Nach den „Kämpfen“ von Mürrzuslag, wo mehrere Geistliche körperlich mißhandelt worden waren, forderte das „Grazer Volksblatt“ schließlich alle Katholisch-Konservativen auf, künftig derartigen liberalen Versammlungen fernzubleiben.¹⁹³

Die Einbeziehung der Steuerzuschläge in den Wahlzensus führte naturgemäß zu einer Ausweitung der Wählerbasis auf kleinere Steuerzahler, doch hatte diese umstrittene Maßnahme zumindest in der Steiermark nicht den vom Ministerium erhofften Effekt, da die Liberalen weiterhin die Majorität im steirischen Landtag halten konnten. Während die Zahl der Wahlberechtigten (gegenüber den Landtagswahlen von 1870) in der Städtekurie um 1.060 (= + 10 %) anstieg, kam es in der Landgemeindenkurie zu einer Reduktion um 5.463 Wahlberechtigte (= - 8,84 %).¹⁹⁴

Den politischen Intentionen des Ministeriums Hohenwart entsprechend begrüßten die Konservativen die Ausschreibung von Neuwahlen. Bereits am 17. August konstituierte sich im Vereinslokal der „Harmonie“ im Stainerhof ein katholisch-konservatives Wahlcomité, das sich mit einem Wahlaufuf (die neuerliche Auflösung des Landtages beweise, „daß der seitherige politische Zustand nicht naturgemäß, und daß unser Verfassungsleben krank“ sei) und einer Kandidatenliste für die Landgemeindenkurie an die Wähler wandte.¹⁹⁵ Wie schon 1870 gehörten auch diesem katholisch-konservativen Wahlcomité wieder Alois und Johann Karlon sowie die Grafen Alfred und Heinrich D’Avernas an, weiters Adalbert Baron Buol (Obmann) und die Landtagsabgeordneten Michael Herman,¹⁹⁶ Dr. Heinrich Lehmann, Anton Bärnfeind und Raimund Nerwein, während der „Spitzenkandidat“ der Wahlen von 1870, Prof. Maassen, fehlte.

Die durch Maassens¹⁹⁷ Kritik am Unfehlbarkeitsdogma im Sommer 1870 entstandenen Differenzen mit der übrigen Führung der steirischen Katholisch-Konservativen führten im Dezember 1870 zum endgültigen Bruch. Den letzten Ausschlag zu seinem vollständigen Rückzug aus der Politik, auch als Obmann des Katholisch-Konservativen Volksvereins, hatte die sogenannte „Monstre-Adresse“ an das Ministerium vom Dezember 1870 gegeben, in der der Katholisch-Konservative Volksverein Graz gegen die Besetzung Roms protestierte. Maassens Kritik bezog sich v.a. auf jenen Passus, in dem Reichsminister Beust mehr oder minder direkt für die Besetzung Roms mitverantwortlich gemacht wurde, zumindest aber des stillen Einverständnisses dazu bezichtigt wurde.¹⁹⁸ Obwohl Maassen im Jänner 1871 an die Universität Wien berufen worden war,

¹⁹³ Grazer Volksblatt, Nr. 159, 14.7.1871 und Nr. 160, 15.7.1871 (Beilage); S c h w e c h l e r , 214.

¹⁹⁴ Vgl. M a r k o - S t ö c k l , Wahlrecht, 290f. In seinem Wahlresümee kritisierte auch das „Grazer Volksblatt“ die zu geringe Unterstützung der Konservativen durch das Ministerium Hohenwart. So sei zwar die Einrechnung der Steuerzuschläge vielleicht gut gemeint gewesen, habe letztlich politisch aber nichts gebracht. Vgl. Grazer Volksblatt, Nr. 209, 13.9.1871.

¹⁹⁵ Grazer Volksblatt, Nr. 188, 18.8.1871.

¹⁹⁶ Bezirksrichter in Vorau; 1861-1883 slowenisch-klerikaler Landtagsabgeordneter der Landgemeindenkurie Pettau, ab 1870 Landesauschlußmitglied.

¹⁹⁷ Maassen, ein Kritiker des Unfehlbarkeitsdogmas wandte sich kurzzeitig sogar den Altkatholiken zu. So hielt er am Altkatholikenkongreß im September 1872 in Köln eine Rede über „Die Stellung der Staaten gegenüber dem Vatikanischen Dogma“. Ende 1882 distanzierte er sich in einem Interview für das „Vaterland“ allerdings wieder von den Grundgedanken dieser Rede. Vgl. S c h ö n e g e r , Maassen, 14.

¹⁹⁸ „Diese Ueberzeugung spricht sich dahin aus, daß die Widerrechtliche Occupirung Rom’s durch italienische Truppen und die Gefangenhaltung des Statthalters Christi, des glorreichen Papstes Pius IX., nicht ohne Einverständnis Sr. Excellenz des Herrn Reichskanzlers Grafen Beust erfolgt sei.“ Grazer Volksblatt, Nr. 335, 16.12.1870; vgl. „Tagespost“, Nr.341, 22.12.1870.

wandte er sich in einem, allerdings erst nach den Wahlen in der „Österr. Zeitung“ erschienenen, Wahlaufuf an die Wahlmänner seines Wahlbezirkes Stainz, in dem er seine Motive ausführlich darlegte.¹⁹⁹ In der Abstimmung hatte Maassen keine einzige Stimme erhalten, gewählt wurde der Kandidat des katholisch-konservativen Wahlcomités (Dechant Josef Kahr).²⁰⁰ Von Anbeginn seiner politischen Karriere war Maassen immer umstritten gewesen, naturgemäß v.a. von Seiten der Liberalen. So waren nicht nur seine protestantisch-norddeutsche „Vergangenheit“, sondern v.a. auch seine „Beziehung“ zu Graf Leo Thun immer wiederkehrende Wahlkampfthemen.²⁰¹ Nun, 1870/71 wurde sein Rückzug aus der Politik von den Konservativen stillschweigend zur Kenntnis genommen.

Wie schon 1870 waren die Liberalen in den Landgemeindewahlbezirken Weiz, Hartberg und Leibnitz chancenlos. So siegte Baron Gudenus in Weiz mit 107 zu 25 Stimmen,²⁰² in Hartberg, wo selbst die „Tagespost“ vor dem Einfluß der Katholisch-Konservativen Vereine kapitulierte,²⁰³ erhielt Prälat Isidor Allinger 86,8 % der Wahlmännerstimmen.²⁰⁴ Ebenso setzten sich in Leibnitz die schon 1870 erfolgreichen Alois Karlon und Alfred Graf D’Avernas gegen die wenig bekannten liberalen Kandidaten Ernst Baron von Kellersperg, ehemaliger Statthalter von Triest und Böhmen, und Johann Gartler, Grundbesitzer und Gemeindevorsteher in Badendorf,²⁰⁵ neuerlich durch.²⁰⁶

Hatten die Liberalen im Wahlbezirk Leibnitz durch die Abhaltung von Wählerversammlungen²⁰⁷ und die Einsetzung eines Wahlcomités²⁰⁸ immerhin noch einen Wahlkampf geführt, überließen sie Judenburg kampfflos den Konservativen. Obwohl Landeshauptmann Moritz von Kaiserfeld in der Städtekurie (Hartberg) kandidierte, wurde er dennoch vom Wahlbezirk Judenburg als liberaler Kandidat nominiert bzw. wurde nach seiner Absage kein weiterer liberaler Kandidat präsentiert. Der konservative Kandidat Bärnfeind siegte daher mit 70 zu 16 Stimmen, die dennoch für Moritz von Kaiserfeld abgegeben worden waren. Ein Paradebeispiel für die „volksnahe“ Wahlwerbung der Konservativen in der Landgemeindenkurie ist die erfolgreiche Wiederwahl Bärnfeinds, vulgo Josbauer, der diesen Wahlbezirk bis 1896 im Landtag und von 1873 bis 1885 auch im Reichsrat vertrat: in einem sehr einfach gehaltenen Rundschreiben wandte sich der Katholisch-Konservative Bauernverein Knittelfeld direkt an die Urwähler des Bezirkes.²⁰⁹

¹⁹⁹ Tagespost, Nr. 238(A), 6.9.1871.

²⁰⁰ Grazer Volksblatt, Nr. 193, 24.8.1871.

²⁰¹ So etwa 1867 in Kaiserfelds „Telegraf“: „Der Mann, wie wir hören, aus dem Lande, wo die Stockprügel blühen, stammend, kennt sicherlich wenig den biedereren und freisinnigen Charakter unserer Bürgerschaft, wenn er, der Konvertit, der bevorzugte Liebling des Konkordatsministers Graf Leo Thun, der Schoßhund der Ultramontanen (...)“. Telegraf, Nr. 22, 26.1.1867. Ebenfalls 1867 publizierte der „Telegraf“ die „Bescheidene Anfrage eines Wählers“: „Sie scheinen das freisinnige Graz mit Innsbruck zu verwechseln?“ Telegraf, Nr.22, 26.1.1867.

²⁰² Grazer Volksblatt, Nr. 204, 6.9.1871.

²⁰³ Tagespost, Nr. 219, 18.8.1871.

²⁰⁴ Grazer Volksblatt, Nr. 211, 15.9.1871 (Beilage).

²⁰⁵ Tagespost, Nr. 231, 30.8.1871.

²⁰⁶ Grazer Volksblatt, Nr. 203, 5.9.1871.

²⁰⁷ Grazer Volksblatt, Nr. 174, 1.8.1871.

²⁰⁸ Tagespost, Nr. 228, 27.8.1871.

²⁰⁹ „Von allen Seiten des Landes wurde uns Glück gewünscht zu der guten Wahl des Josbauer; denn im Landtage ist es bald aufgekommen, daß der Josbauer ein einsichtiger, gesetzkundiger und erfahrener Mann sei; er hat öffentlich bei den Sitzungen und im vertraulichen Umgange mit den übrigen Abgeordneten fleißig sich bemüht, um schädliche Gesetze abzuwenden und das wahre Wohl des Landvolkes zu befördern. Leider waren aber die Liberalen auf den Landta-

Mangels Chancen verzichteten die Konservativen wie schon 1870 neuerlich auf eine Kandidatur in Graz und den übrigen Städteturwahlbezirken.²¹⁰ Einzig im Wahlbezirk Hartberg gelang es dem konservativen Kandidaten Pfarrer Rössl, mit 20 % der abgegebenen Stimmen (86 zu 329 Stimmen) neuerlich ein Achtungserfolg gegen Landeshauptmann Moritz von Kaiserfeld zu erzielen.²¹¹

3.3. Die Reichsratswahlen von 1873

Die Erfolge der Konservativen auf Landesebene setzten sich im Oktober 1873 auch bei den ersten direkten Reichsratswahlen fort. Noch vor Verabschiedung der Wahlreform im April 1873²¹² hatten die steirischen Konservativen mit den Vorbereitungen für diesen Wahlkampf begonnen. So trat bereits am 20. März 1873 über Einladung von Alois Karlon ein Komitee der „Österreichischen Rechtspartei“ (s.u.) in Graz zur Vorbereitung der direkten Reichsratswahlen in der Steiermark zusammen. Weitere Sitzungen fanden im Mai und Juni statt. Bereits in der 2. Sitzung war es zu einer prinzipiellen Einigung über die Kandidatenliste (im Unterschied zu den in heftigen Flügelkämpfen liegenden Liberalen²¹³) gekommen: in erster Linie sollten die Landtagsabgeordneten der jeweiligen Wahlbezirke nominiert werden.²¹⁴ Zum Obmann des im August konstituierten „Zentralwahlkomitee der Österreichischen Rechtspartei für Steiermark“ wurde Alfred Fürst Liechtenstein gewählt. Weiters gehörten diesem Wahlcomité Alois Karlon (Ob-

gen noch immer in der Mehrzahl und daher waren sie auch auf dem Reichstage zu Wien in der Mehrzahl. Die neuen Minister, welche der Kaiser indessen gewonnen hat, versuchten, die zerstörte Eintracht unter den österreichischen Völkern herzustellen und *überhaupt unser Regiment herauszubringen aus dem unsinnigen und ungerechten Geleise des religionsfeindlichen Liberalismus*. Weil aber die Liberalen auf dem Reichsrathe und in den Landtagen noch die Oberhand hatten, so konnten die Minister nicht durchdringen und sagten zu dem Kaiser, daß es mit diesem Reichsrathe und mit diesen Landtagen *gar nicht mehr gehe*. Der Kaiser hat daher den gegenwärtigen Reichsrath sammt den Landtagen aufgelöst und ganz neue Wahlen angeordnet.

Dabei hat er natürlich die *Hoffnung*, daß die neu zu wählenden Landtage anders ausfallen werden, als die alten, d.h., daß auf denselben die *katholische conservative Partei die Oberhand* haben werde. Man ist nämlich in Wien draußen endlich zur Einsicht gekommen, daß die *Liberalen nur Abreißer, die Conservativen aber gute Bauleute sind*. Daß man zu der Einsicht gekommen ist, scheint uns nach unserem einfachen Bauernverstande ein großes Glück zu sein, welches wir bei dieser Wahl sehr gut benützen müssen.

Wir denken, in unserem Wahlbezirke sollen wir wieder den Josbauer nehmen; wir haben ihn auf sechs Jahre gewählt und finden gar keinen Grund, warum wir ihn jetzt nach einem Jahre schon wieder fallen lassen sollen; wir haben uns vor einem Jahre die Wahl wohl überlegt und dabei bleibt's auch für dießmal.

Also, geehrter Herr Urwähler, *machen Sie sich nichts daraus, daß wir schon wieder wählen müssen!* Es zeigt sich ja, daß jede neue Wahl uns jetzt zum Vortheile gereicht, indem das katholische Landvolk, so oft neu gewählt wird, immer mehr zusammenhält und immer besser durchdringt. Kommen Sie daher nur gewiß zur Wahl in Ihrer Gemeinde und nehmen Sie solche Männer zu Wahlmännern, von denen Sie wissen, daß sie in Judenburg dem Josbauer die Stimme geben werden. Wenn wir Ihnen das vorschlagen, so dürfen Sie sicher sein, wir meinen es gut; denn *wir Bauern sind nicht so dumm, daß wir uns selbst in's eigene Fleisch beißen zu unserem Schaden*.“ Zit.n. Tagespost, Nr. 224(A), 23.8.1871.

²¹⁰ Grazer Volksblatt, Nr. 206, 8.9.1871.

²¹¹ Grazer Volksblatt, Nr. 207, 10.9.1871.

²¹² Gesetz vom 2. April 1873, RGBI.41.

²¹³ Vgl. M a r k o - S t ö c k l, Revolutionäre.

²¹⁴ Grazer Volksblatt, Nr. 209, 12.9.1873.

mannstellvertreter), die konservativen Landtagsabgeordneten Prälat Isidor Allinger, Alfred und Heinrich Graf Desenffans D'Avernas, Anton Bärnfeind, Ernest Baron Gudenus, Josef Kahr, Dr. Heinrich Lehmann, Leopold Graf Platz und Johann Weinhandel an.²¹⁵ Mit Ausnahme des Wahlbezirkes Hartberg-Feldbach-Weiz-Fürstenfeld-Gleisdorf verzichteten die Konservativen neuerlich auf eine Kandidatur in der Städteturwahlbezirke (in der Untersteiermark wollten sie die „antiklerikalen Jungslowenen“ nicht konkurrenzieren)²¹⁸ eigene Kandidaten. Auch die „offiziöse“ „Grazer Zeitung“ appellierte im Sinne der Liberalen an die Wahlmänner: „Der Reichsrath ist weder ein Concil noch eine geistliche Synode, um Glaubenssätze zu formuliren; er hat es mit dem Reiche zu thun, das *dieser* Welt angehört, [...]“. ²¹⁹ Die Liberalen standen dem offensiven Wahlkampf der Konservativen in der Landgemeindenkurie nach wie vor fassungslos, v.a. aber konzeptlos gegenüber. Vielmehr weinten sie den frühen sechziger Jahren nach, als die Wähler noch bereit gewesen waren, jeden (liberalen) Kandidaten zu wählen - so Landesausschußmitglied Pairhuber anläßlich einer liberalen Wählerversammlung in Gleisdorf.²²⁰ In Hartberg, einer konservativen Hochburg, gelang es den Liberalen daher nicht einmal, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten, der gegen den konservativen Baron Gudenus antreten sollte, zu einigen.²²¹ Baron Gudenus (die „Tagespost“ führt seinen Wahlerfolg auf die „Freigiebigkeit“ mit Wein, Bier, Schafbraten und Zigarren zurück²²²) siegte mit einem Vorsprung von 158 Stimmen (insgesamt erhielt er 77 % der abgegebenen Wahlmännerstimmen)²²³ klar über Othmar Ainspinner.²²⁴ Auch die kostenlose Zusendung der liberalen Broschüre „Bauernfoperei“ (als Separatdruck des „Dorfboten“) an die Wahlberechtigten²²⁵ konnte an der Niederlage der Liberalen nichts ändern.

Auch im Wahlbezirk Leibnitz war der liberale Kandidat Ritter von Conrad chancenlos gegen Alois Karlon, der 78 % der abgegebenen Wahlmännerstimmen erhielt.²²⁶ So war bei den Urwahlen in den Bezirken Eibiswald und Stainz kein einziger Liberaler gewählt worden.²²⁷ Während der Erfolg der Konservativen in den Landgemeinwahlbezirken der Oststeiermark keine Überraschung mehr war, kam es im Wahlbezirk

²¹⁵ Weiters Adalbert Baron Buol-Bernburg, Ferdinand Graf Brandis, die Redakteure Johann Karlon und Josef Zapletal, Hugo Fürst Windischgrätz, die Dechante Michael Böhnisch, Franz Kosar, Josef Strodl und Dr. Friedrich Schäfer sowie Franz Ritter von Hartmann und Johann Junghans. Vgl. Tagespost, Nr. 209, 12.9.1873 und Grazer Volksblatt, Nr. 209, 12.9.1873 und Nr. 210, 13.9.1873.

²¹⁶ Grazer Volksblatt, Nr. 240, 18.10.1873.

²¹⁷ Vgl. M a r k o - S t ö c k l, Revolutionäre.

²¹⁸ Tagespost, Nr. 216(A), 20.9.1873.

²¹⁹ Grazer Zeitung, Nr. 241, 19.10.1873.

²²⁰ Tagespost, Nr. 182, 9.8.1873.

²²¹ Grazer Volksblatt, Nr. 216, 20.9.1873 (Beilage).

²²² Tagespost, Nr. 209, 12.9.1873.

²²³ Grazer Volksblatt, Nr. 242, 21.10.1873.

²²⁴ Vom „Grazer Volksblatt“ wurde der Friedberger Realitätenbesitzer Ainspinner als „Steuerbüchelabnehmer“ apostrophiert: „Eine ärgere Beleidigung konnten die Liberalen der echt katholisch-christlichen Bevölkerung nicht zufügen, als daß sie diesen Mann, von liberalen Grundsätzen in Theorie und Praxis zum Kandidaten für das Volk aufstellten.“ Grazer Volksblatt, Nr. 237, 15.10.1873; Grazer Zeitung, Nr.230, 7.10.1873.

²²⁵ Grazer Volksblatt, Nr. 241, 19.10.1873.

²²⁶ Grazer Volksblatt, Nr. 242, 21.10.1873.

²²⁷ Grazer Volksblatt, Nr. 244, 23.10.1873.

Bruck - Leoben zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen, das schließlich der konservative Kandidat Pater Bernhard Rainer, Prior und Pfarradministrator von Frohnleiten, mit 102 zu 94 Stimmen gegen Baron Zschock, Landtagsabgeordneter des Wahlbezirkes,²²⁸ für sich entscheiden konnte.²²⁹ Hatten sich die Liberalen mit dem Verlust der oststeirischen Landgemeindewahlbezirke bereits abgefunden, so traf sie die unerwartete Niederlage in Leoben schwer. Den dadurch ausgelösten Schock gibt ein Artikel der „Tagespost“ wieder, die den ihrer Ansicht nach nur halbherzig und zu siegesbewußt geführten Wahlkampf für diese Niederlage verantwortlich macht. So kritisiert sie, daß nicht stärker „mit allen erlaubten Mitteln“ auf die Wahlmänner eingewirkt wurde:

„[...] man fand es z.B. für unpassend, auf einen Wähler, der direct aus der Gewerkschaft seinen Erwerb ableitet, dahin einzuwirken, daß er nicht clerikal wähle. Lächerliche Sentimentalität, über welche die Pfarrer schon lange hinaus sind; [...]. So lange man unser jetziges System eine Interessenvertretung nennt, kann kein Einsichtsvoller es einen unehrlichen Druck nennen, wenn Industrielle einem Wahlmann rund herausagen: Wenn Du durch deine Stimmabgabe mein Interesse schädigst, wenn Du als Vertreter meiner Industrie einen Servitenpfarrer wählst, so hat unsere Geschäftsverbindung ein Ende.“

Weiters kritisierte die „Tagespost“, daß das Bezirkswahlcomité den Industriellen nicht die Namen sämtlicher Wahlmänner bekanntgeben hatte, damit auf die von ihnen Abhängigen dann „jeder erlaubte Einfluß“ ausgeübt hätten werden können. Nicht nur im Hinblick auf künftige Wahlen, sondern auch Auftragserteilungen und Lieferungen betreffend müßten den Industriellen und Gewerken daher die Namen sämtlicher 30 konservativen Wahlmänner von Leoben bekanntgegeben werden.²³⁰ Tatsächlich habe, so berichtet des „Grazer Volksblatt“, ein konservativ wählender Grundbesitzer aus Donawitz nach den Wahlen längere Zeit hindurch keine Fuhraufträge von den Gewerken erhalten.²³¹

Ein weiteres relativ knappes Ergebnis gab es auch im Wahlbezirk Judenburg - Liezen, wo der prominente konservative Landtagsabgeordnete Anton Bärnfeind mit nur 157 zu 112 Stimmen über seinen relativ unbekannt liberalen Gegenkandidaten siegte.²³² Eine große Enttäuschung hingegen mußten die Konservativen mit der hauchdünnen Niederlage von Fürst Alfred Liechtenstein - er unterlag Statthalter Baron Kübeck um nur zwei Stimmen - in der Landgemeindenkurie Graz Umgebung hinnehmen.²³³ Liechtenstein, dessen Wahl die Liberalen unter allen Umständen verhindern wollten,²³⁴ wurde dennoch ein halbes Jahr später von der Landgemeindenkurie Radkersburg, anläßlich einer

²²⁸ Von 1870 bis 1883 vertrat Baron Zschock die Landgemeindenkurie Leoben im Landtag. Nach seiner Niederlage wurde er 1873 von der Handelskammer Leoben in den Reichsrat, dem er bis 1890 angehörte, gewählt.

²²⁹ Grazer Volksblatt, Nr. 242, 21.10.1873 und Nr. 246, 25.10.1873 (Beilage).

²³⁰ Tagespost, Nr. 245, 24.10.1873.

²³¹ Grazer Volksblatt, Nr. 281, 6.12.1873 (Beilage).

²³² Grazer Zeitung, Nr. 242, 21.10.1873. Während Bärnfeind die Bezirke Judenburg (65/26 abgegebene Stimmen), Gröbming (36/26) und Murau (41/26) für sich entscheiden konnte, wählte der Wahlbezirk Liezen (15/36) mehrheitlich den Liberalen Sabathy. Grazer Volksblatt, Nr. 242, 21.10.1873 und Nr. 244, 23.10.1873.

²³³ Grazer Volksblatt, Nr. 243, 22.10.1873.

²³⁴ Ritter von Conrad beispielsweise warnt einen Wahlmann in einem Brief folgendermaßen vor Fürst Liechtenstein: „[...] Wollen Sie dem Manne Ihre Stimme geben, dessen Partei Krieg mit Italien für den Papst, Bruderkampf im eigenen Vaterlande predigt, der Mann, dessen Heimat in Rom ist, der mit der böhmischen Wenzelsprozession gegangen ist, der Ihr Geld aus dem Lande trägt, der kein Gesetz versteht noch kennt [...]: Ich sage Ihnen: Tun Sie's nicht, Sie tun Schlimmes an unserem Lande!“ Vgl. S c h w e c h l e r, Volksblatt, 222f.

durch die Mandatsniederlegung von Graf Platz notwendig gewordenen Nachwahl, in den Reichsrat gewählt.²³⁵

In der Städtekurie nominierten die Konservativen wie schon bei den Landtagswahlen nur im Wahlbezirk Hartberg einen eigenen Kandidaten.²³⁶ Im Unterschied zu den Landtagswahlen von 1870 und 1871, die einen Stimmenanteil von bis zu 20 % erbrachten, wurde 1873 ihr Kandidat Josef Konrad, Obmann des Katholisch-Konservativen Volksvereins Grafendorf und gräflich Brandis'scher Güterdirektor in Marburg²³⁷ diesmal von Baron Hammer-Purgstall klar geschlagen.²³⁸

3.4. Wahlkampfthemen

Der „Kulturkampf“, die konsequente Aushöhlung und schließlich Kündigung des Konkordats von 1855 durch die liberale Regierung mit den damit verbundenen Auswirkungen auf Schule und Kirche, blieb bis 1874 auch in der Steiermark das die Konservativen und ihre Politik primär beschäftigende Thema, während die soziale Frage, v.a. die Interessen der ebenfalls zu politischer Partizipation strebenden Arbeiterschaft beinahe völlig ausblendet wurde. Der Versuch Pater Wöhrs, dieses Thema in die politischen Überlegungen der Katholisch-Konservativen einzubeziehen, schlug fehl (s.o.). 1870/71 erreichten die Auseinandersetzungen um Kirche und Schule auch in der Steiermark ihren Höhepunkt.

Mit einer Reihe kirchenfeindlicher Anträge, die die Liberalen im Grazer Gemeinderat einbrachten, provozierten sie die Konservativen nicht nur, sondern lieferten diesen damit auch geeignete „Wahlkampfmunition“. Bei vielen Wahlversammlungen der Katholisch-Konservativen kamen 1870 daher immer wieder die im Grazer Gemeinderat gestellten Anträge auf Abtragung der Dreifaltigkeitssäule (und zwar aus „sanitären“ Gründen!)²³⁹ bzw. auf Nichtteilnahme des Bürgermeisters als Repräsentant des Gemeinderates an der Fronleichnamsprozession, da diese „nur den Charakter unterhaltender Schaustellungen [...]“ habe,²⁴⁰ zur Sprache.²⁴¹ Selbst die „Neue Freie Presse“ kritisierte die Unvorsichtigkeit und den „unglücklichen“ Zeitpunkt dieses Antrags.²⁴² Während das liberale Landtagswahlcomité sein Bedauern darüber ausdrückte, „daß dieser Antrag gerade in der jetzigen Zeit (!) gestellt wurde“, konnte das „Grazer Volksblatt“ seine Zufriedenheit nicht verhehlen: „Jawohl! Der Antrag kam höchst zeitgemäß für uns!“²⁴³ Auch in Leibnitz wurden die Wähler durch Gerüchte, der Leibnitzer Bürger-

²³⁵ S c h w e c h l e r, Volksblatt, 225.

²³⁶ Grazer Volksblatt, Nr. 240, 18.10.1873.

²³⁷ Grazer Volksblatt, Nr. 243, 22.10.1873.

²³⁸ Grazer Volksblatt, Nr. 246, 25.10.1873.

²³⁹ „In Anbetracht, daß die am Eingange in die Sackstraße befindliche Dreifaltigkeitssäule errichtet wurde, um die Pest von Graz abzuhalten, somit eine sanitäre Maßregel beabsichtigt wurde; in Erwägung, daß die Pest und Cholera viel besser durch sanitäre Anordnungen, als durch zweifelhafte Kunstwerke, welche den Verkehr in den belebtesten Straßen hemmen, abgehalten wird, beschließe der Gemeinderath: daß die Dreifaltigkeitssäule entfernt und der Erlös im Sinne der Stiftung zu Gesundheitszwecken verwendet und der Magistrat beauftragt werde, die nöthigen Schritte hiefür einzuleiten. Vgl. Tagespost, Nr. 157 (A), 16.6.1870.

²⁴⁰ Grazer Volksblatt, Nr. 132, 12.6.1870.

²⁴¹ Tatsächlich wurde die Dreifaltigkeitssäule im Sommer 1875 abgetragen und im Frühjahr 1876 am Karmeliterplatz wiedererrichtet. Vgl. S c h w e c h l e r, Volksblatt, 94ff.

²⁴² Grazer Volksblatt, Nr. 138, 21.6.1870.

²⁴³ Grazer Volksblatt, Nr. 137, 19.6.1870.

meister Dr. Leo Klein habe die Fronleichnamsprozession verboten, beunruhigt.²⁴⁴ Immerhin hatte der Leibnitzer Gemeinderat aber das traditionelle Schießen am Ostersonntag verboten, die Prozession nach Kitzreck am Florianitag durch die Gemeindevorstellung nicht abgehalten bzw. hatten sowohl der Bürgermeister von Leibnitz als auch eine Vielzahl von Beamten nicht an der Fronleichnamsprozession teilgenommen.²⁴⁵

Im Oktober 1870 eskalierten Meinungsverschiedenheiten zwischen Bischof Zwirger und dem Grazer Schulrat über eine Reduktion der religiösen Übungen an den städtischen Schulen derart, daß es zur versuchten Gründung einer konfessionslosen Schulkam, die allerdings von der Statthalterei und dem Ministerium verboten wurde.²⁴⁶

Neben den konservativen Vereinen, die die organisatorische Basis für den erfolgreichen Wahlkampf bereiteten, standen den Konservativen mit der Geistlichkeit ein Heer von unschätzbaren Wahlhelfern und letztlich auch Wahlmännern zur Verfügung. Vor Ort hatten sie den direkten Kontakt zur Bevölkerung,²⁴⁷ den die Liberalen in den meisten Landgemeindegewahlbezirken nie fanden, sodaß zumeist wohl die Konservativen von der öffentlichen Abstimmung profitierten. Darüberhinaus wurden die Wähler nicht nur vom „Grazer Volksblatt“ sondern auch in Broschüren immer wieder (erfolgreich) aufgefordert, in erster Linie Geistliche zu Wahlmännern zu wählen.²⁴⁸ Der 1870 im „Grazer Volksblatt“ veröffentlichte Rat eines „alten Agitators“ aus Tirol, der Klerus möge die Wahlmänner bis ins Wahllokal begleiten, „um sie vor dem Einflusse der liberalen Schwätzer zu bewahren“,²⁴⁹ wurde vielfach auch befolgt.²⁵⁰ Tatsächlich dürfte die Wahlkampfmethoden mancher Geistlicher derartige Formen angenommen haben, wenn sogar das „Grazer Volksblatt“ dies, etwa für den Wahlbezirk Hartberg, eingestehen mußte.²⁵¹

²⁴⁴ Tagespost, Nr. 169, 29.6.1870.

²⁴⁵ Weiters seien die in der Nacht vor Fronleichnam aufgestellten Bäumchen ausgerissen und rote Schmähzettel an die Kirchentür geheftet worden, wie die Gemeindevorsteher von Tillmitsch, Altenberg, Maxlon, Wagner, Aflenz, Heimschuh, Leitring u.a. in einem Brief an das „Grazer Volksblatt“, Nr. 156, 13.7.1870 berichteten.

²⁴⁶ Tägliche Gebete vor und nach dem Unterricht, täglicher Besuch der Messe, vier Mal jährliche Beichte sowie korporative Beteiligung an der Dreifaltigkeits- und Fronleichnamprozession. Vgl. K o l m e r , Bd. II, 77f.

²⁴⁷ Ein Musterbeispiel dafür ist der Wahlkampf des Vorauer Propstes Isidor A l l i n g e r im Bezirk Hartberg (s.o.).

²⁴⁸ So beispielsweise in einer im oberen Mürztal verbreiteten Broschüre: „Am sichersten wirst Du gehen, wenn Du dem Pfarrer oder Geistlichen (vorausgesetzt, daß er Christentum und Verstand hat,) zum Wahlmann Deine Stimme gibst. Alle müssen zusammenhalten wie Kitt und sich nicht etwa von einem schnurbärtigen Herrn mit gewichsten Stiefeln und Glacéhandschuhen bethören lassen.

Macht sich der Bürgermeister von den Beamten nichts d'raus, dann sei er in Gottesnamen ein Wahlmann. Jeder katholische Wahlmann verpflichtet sich im Gewissen, nur dem vom katholischen Comité vorgeschlagenen Landtagscandidaten seine Stimme zu geben.“ Grazer Volksblatt, Nr. 139, 22.6.1870.

²⁴⁹ Grazer Volksblatt, Nr. 125, 3.6.1870.

²⁵⁰ Aus Birkfeld berichtete die „Tagespost“, der Dechant habe mit seinen Anhängern vor dem Wahllokal „förmlich Wache gehalten“, um die Wahlmänner noch vor der Wahl abzufangen und in seinem Sinne zu beeinflussen (hohe Steuern, Ehe- und Schulgesetze, Einführung „irreligiöser Bücher“ in den Schulen, Einstellung des Religionsunterrichts, etc.). Tagespost, Nr. 163, 23.6.1870.

²⁵¹ „Wir wollen zugeben, daß Manches, was vorfiel, nicht ganz korrekt war, und daß Manches, was ein Geistlicher that, für ihn als minder schicklich gehalten wurde, obwohl er vielleicht doch nur von den durch den Staat ihm gewährten Rechten gesetzlich Gebrauch machte.“ Grazer Volksblatt, Nr. 151, 7.7.1870.

Die Bedeutung, die den Wahlen von seiten des (obersten) Klerus in der Steiermark zugemessen wurde, zeigt sich auch darin, daß die Pflicht, „bei den Wahlen mit Gewissenhaftigkeit zu wählen“, in Bischof Zwirgers Silvesterpredigt 1870/71 immerhin an dritter Stelle, noch vor der Pflicht, auf die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes hinzuwirken, rangiert.²⁵²

Auch bei den ersten direkten Reichsratswahlen vom Herbst 1873 blieb der Kulturkampf weiterhin ein Wahlkampfthema, doch beschäftigten die Kirchen- und Schulgesetze diesmal vielmehr die Liberalen parteiintern, worüber das „Grazer Volksblatt“ detailliert berichtete.²⁵³ Kultusminister Stremayr, der als Landtagsabgeordneter dieses Bezirkes nun auch für den Reichsrat in Leibnitz (Städtekurie) kandidierte, wurde v.a. von den „Jungliberalen“²⁵⁴ für die Verschleppung der kirchenpolitischen Gesetze verantwortlich gemacht. Einen weiteren Kritikpunkt liberalerseits bildete sein vermittelndes Eingreifen in eine Verordnung des niederösterreichischen Landesschulrats über die Einschränkung des Schulgebotes, Beteiligung der Schüler an der Fronleichnamprozession, etc.²⁵⁵ Selbst die „Tagespost“, die im übrigen Stremayrs schwierige Position als „Prügelknabe“ seiner Ministerkollegen darzulegen versuchte,²⁵⁶ spricht im Hinblick auf seine Haltung in der sogenannten „Bobies-Affäre“²⁵⁷ von einem „Mißgriff“.²⁵⁸ Andererseits hatte Stremayr im Oktober 1872 die Länderchefs zu einem Einschreiten gegen den Mißbrauch der Kanzel (Verhetzung der Schul- und konfessionellen Gesetze) aufgefordert. Ein diesbezüglicher kritischer Artikel des „Grazer Volksblatts“ führte am 14. Mai 1872 zu seiner Konfiskation.²⁵⁹

1874, noch vor Sanktion der drei Gesetze zur Regelung der kirchlichen Verhältnisse in Österreich, die den Kulturkampf in Österreich beendeten,²⁶⁰ publizierte Bischof Zwirger eine kämpferische Broschüre („Die confessionellen Gesetzentwürfe“), in der er die Katholiken nicht nur zum legalen Widerstand gegen diese, sondern selbst zur „Ertragung jeder Strafe“ auffordert,²⁶¹ während der Großteil der österreichischen Bischöfe, allen voran Kardinal Rauscher,²⁶² einen offenen Kampf mit der Staatsgewalt verhindern wollte, umso mehr als bereits im April aus Rom die Weisung „Tolerari posse“ gekommen war und nun auch der Papst die Konsensbereitschaft des österreichischen Episkopats billigte.²⁶³ Unter dem Titel „Schmerzensschrei aus den Bergen des steirischen Oberlandes“, veröffentlicht im „Vaterland“, kritisiert ein nicht näher genannter Kaplan im Juli 1874 das Schweigen des österreichischen Episkopats zu den eben erst

²⁵² O e r , Zwirger, 258f.

²⁵³ Grazer Volksblatt, Nr. 228, 4.10.1873; Nr. 229, 5.10.1873 und Nr. 234, 11.10.1873.

²⁵⁴ Vgl. M a r k o - S t ö c k l , Revolutionäre.

²⁵⁵ Vgl. K o l m e r , Bd. II, 252f.

²⁵⁶ Tagespost, Nr. 198, 29.8.1873.

²⁵⁷ Als Folge seiner Kritik an der von Stremayr in dem oben genannten Konflikt gezeigten Kompromißbereitschaft wurde der Wiener Schulinspektor Bobies seines Amtes enthoben. Vgl. Gertrude Elisabeth Z ü n d e l , Karl von Stremayr, phil. Diss. Wien 1944, 115.

²⁵⁸ Tagespost, Nr. 236, 14.10.1873.

²⁵⁹ S c h w e c h l e r , Volksblatt, 16f.

²⁶⁰ 1. Gesetz über die Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche.

2. Gesetz betreffend die Beitragsleistung des Pfründenvermögens zum Religionsfond.

3. Gesetz betreffend die religiöse Anerkennung von Religionsgesellschaften.

Vgl. V o c e l k a , Verfassung, 170ff.

²⁶¹ O e r , Zwirger, 277f.

²⁶² Rauscher war in einer Audienz vom Kaiser für den Verzicht der Bischöfe, gegen die Gesetzesvorlagen vorzugehen, eine zurückhaltende Ausführung der betreffenden Gesetze zugesichert worden. Vgl. O e r , Zwirger, 273

²⁶³ K o l m e r , Bd. II, 342.

erlassenen Religionsgesetzen.²⁶⁴ Nach einer Reihe von Artikeln ähnlichen Tenors, mahnte Graf Leo Thun derartig kampfeslustige Kleriker zu Einheit, Gehorsam und christlicher Demut.²⁶⁵ Obwohl Thun in diesem Artikel keine Namen nennt, fühlte sich Zwerger als „Verräther der Kirche“ (so zu einem Vertrauten) schwer getroffen.²⁶⁶

Gerade in der Steiermark mit ihrem streitbaren Bischof war der Kulturkampf in diesem Zeitraum das die Konservativen beherrschende Thema, während das zweite politische Hauptanliegen der Konservativen, Föderalismus vs. Zentralismus, hier kaum erörtert wurde. Im Unterschied zu Wien vertraten die steirischen Konservativen seit der Gründung des Katholisch-Konservativen Vereins im Oktober 1868 undiskutiert ein föderalistisches Programm. „Offiziell“ erstmals zur Sprache gebracht wurde die Forderung nach einer föderalistischen Umgestaltung der Monarchie (unter besonderer Hervorhebung des Ministeriums Belcredi) in einer von Prof. Maassen am ersten steirischen Katholikentag 1869 eingebrachten Resolution (s.o.).²⁶⁷

Im Unterschied zu Wien, wo es im Jänner 1871 innerhalb der Konservativen zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen einem zentralistischen Flügel, den sog. „Katholischen Verfassungstreuen“ um Kardinal Rauscher mit dem „Österreichischen Volksfreund“ einerseits, sowie den Föderalisten um Graf Leo Thun und dem „Vaterland“ andererseits gekommen war,²⁶⁸ blieben die steirischen Konservativen, die klar gegen die „katholischen Zentralisten“ Stellung bezogen,²⁶⁹ von derartigen Flügelkämpfen verschont. Auf Berichte der liberalen Organe über klerikale Flügelkämpfe erklärte das „Grazer Volksblatt“:

„Speziell in der Steiermark gibt es keine anderen Parteien, als die katholisch-föderalistische und die liberal-zentralistische. Was hüben und drüben etwa liberal-föderalistisch, oder katholisch-zentralistisch ist, mit einem Worte: „Wilde“ sind hier in verschwindender Minorität.

Das Zusammentreffen, die Berührung der katholischen und föderalistischen Interessen - oder sagen wir ganz unverblümt, der Umstand, daß es den Führern gelungen ist, einerseits die katholische Partei in konservativ-föderalistische, andererseits die nationale Partei in religionsfreundlichere Bahnen zu lenken, ist eben ein Glück, für das wir der Vorsehung nicht genug danken können.“²⁷⁰

Ende Oktober 1872 kam es zur Gründung der „Österreichischen Rechtspartei“,²⁷¹ an der von steirischer Seite Prälat Karlon teilnahm. Sowohl das Programm dieser neuen

²⁶⁴ „Vaterland“ vom 28. Juli 1874, Nr.205, zit.n. O e r , Zwerger, 278f.

²⁶⁵ „Weltliche Siege werden mit Stolz gefeiert, die Siege der Kirche sind nur dann wahre Siege, wenn sie hoffärtig gewordenen Geschlechtern die Demuth wieder erobert haben. Darum ist die mächtigste Waffe im Kampfe für die Kirche nicht das Schwert, das den Gegner niederschlägt, sondern das Kreuz, das die Jünger ihrem Herrn gehorsam und vertrauensvoll nachtragen, auf daß auch seine Gegner vor ihm die Knie zu beugen lernen; das Kreuz aber, das wir zu tragen haben, besteht nicht nur in dem, was uns Feinde gewaltsam aufbürden, sondern auch aus Sorgen und Kummer des eigenen Herzens.“

„Vaterland“ vom 4. August 1874, Nr.212, zit.n. O e r , Zwerger, 279ff.

²⁶⁶ O e r , Zwerger, 282f.

²⁶⁷ Bericht über die Verhandlungen, 20ff; vgl. T i l l , Hofbauer, 137f.

²⁶⁸ Vgl. T i l l , Hofbauer, 137f.

²⁶⁹ S c h w e c h l e r , Volksblatt, 199.

²⁷⁰ Grazer Volksblatt, Nr. 196, 27.8.1871.

²⁷¹ Viktor W e i s s - S t a r k e n f e l s , Die oesterreichische Rechtspartei, Wien-Pest 1873.

„Rechtspartei“,²⁷² als auch das Wahlprogramm von 1873²⁷³ bedeuteten daher für die steirischen Konservativen gerade in staatsrechtlichen Fragen keine Veränderung ihres bisherigen Standpunktes. In Fortführung ihrer föderalistischen Forderungen unterzeichneten schließlich im Jänner 1873 204 steirische Gemeinden und 49 katholisch-konservative Vereine eine Petition an den Kaiser um Erlassung der Fundamentalartikel.²⁷⁴

4. Ausblick

Liberalen und Josephinern hatten einen erbitterten Kampf gegen das „gedruckte Canossa“ (Anastasius Grün / Graf Anton Auersperg)²⁷⁵ geführt und wurden damit zu Geburtshelfern der katholisch-konservativen Massenbewegung. Diese wäre aber weder ohne das liberale Vereins- und Versammlungsrecht noch die Eskalation des Kulturkampfes mit seiner Polarisierung der Bevölkerung wohl in diesem Ausmaß und in so kurzem Zeitraum möglich gewesen wäre.

²⁷² „[...] II. Für die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit und geschichtlichen Eigenberechtigung aller einzelnen Königreiche und Länder des Reiches, und [...].

1. Das Landrecht kann anders nicht geändert werden, als von dem Landtage mit Zustimmung des Monarchen.

2. Die Mitwirkung zur Gesetzgebung über Angelegenheiten, die als gemeinsam anerkannt werden, steht einer Versammlung von Deputirten aller Landtage zu.

3. Die Gesetzgebung über alle anderen Angelegenheiten steht dem Landtage allein zu. [...].

6. Es ist eine gerechte Wahlordnung herzustellen, mit Ausdehnung des politischen Wahlrechtes und größtmöglicher Erleichterung der Ausübung desselben. [...].

2. Ergreifung, respective beharrliche Fortsetzung des passiven Widerstandes gegen die Decemberversfassung durch Nichtbeschickung des Reichsrathes und seiner Delegationen, eventuell der Landtage. [...].

1. Für volle Gleichberechtigung sämmtlicher Nationalitäten vorzüglich in der Schule und im Amte.

2. Der Schutz der nationalen Minoritäten wird durch ein von denselben im Laufe der Ausgleichsverhandlungen zu bearbeitendes und den Landesgrundgesetzen zu inarticulirendes Nationalitätengesetz gewährleistet. [...]“ Abgedruckt in: Tagespost, Nr. 239, 9.10.1872; vgl. K o l m e r , Bd.II, 237f.

²⁷³ 1. „Die freie Entwicklung der katholischen Kirche in der ganzen Monarchie und inniges gegenseitiges Unterstützen der beiden Gewalten.“

2. „Sie [...] verlangt die Heilighaltung des dynastischen Rechtes, denn sie erkennt in dem angestammten Herrscher von Gottes Gnaden die von Gott gesetzte weltliche Autorität und perhorreszirt den Lehrsatz des Freimaurerthums und des Liberalismus, daß der „Staat“ auch über dieser Gewalt stehe.

3. Sie verlangt die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit und Integrität aller einzelnen Königreiche und Länder des Reiches, welches alles diese Theile zu Einem ewig untheilbaren Ganzen vereinigt, im Gegensatz zu den Forderungen des Liberalismus, welcher alle historischen Rechte, alle historische Entwicklung nicht anerkennen und aus den verschiedenartigsten Ländern Einen Körper machen will, in welchem die Kronländer faktisch in ebenso viele Verwaltungsbezirke umgewandelt und nach Einer Schablone vom cisleithanischen Parlamente regiert würden. Dies wäre eine Verschärfung des Dualismus, die zur Personal-Union führen müßte, eine Form, welche die Rechtspartei, als höchst gefährlich für beide Theile, entschieden perhorreszirt.“

4. Fordert den Frieden zwischen den Nationalitäten. Der Liberalismus will die deutsche Vorkherrschaft über die anderen Nationalitäten bzw. eine Germanisierung Cisleithaniens mit nachfolgender Personalunion und Aufgehen im neuen „preußisch-deutschen Reich“. Zit.n. „Vaterland“ in: Grazer Volksblatt, Nr. 189, 19.8.1873.

²⁷⁴ Statth.Präs. 22a-1950/1871 : 227/1873; Morgenblatt (Beilage der Grazer Zeitung), Nr.17, 21.1.1873.

²⁷⁵ Vgl. F r a n z , Kulturkampf, 115f.

Waren 1867/68 an der Gründung der katholisch-konservativen Bewegung in der Steiermark paritätisch Vertreter der Intelligenz, des Klerus und des Adels beteiligt gewesen, so wurde nach Maassens Ausscheiden zur Jahreswende 1870/71 (Prof. Tewes scheint nicht einmal mehr in der Teilnehmerliste des Katholikentages 1869 auf) die Geistlichkeit²⁷⁶ unter Prälat Karlon zum dominierenden Faktor innerhalb der steirischen Konservativen.

Auf der Grundlage des die Liberalen bevorzugenden Kurienwahlrechts stagnierte der Mandatsstand der steirischen Konservativen sowohl im Landtag als auch Reichsrat bis zur Jahrhundertwende. Adelige Großgrundbesitzer und Geistliche dominierten (nach dem Bruch Maassens) nicht nur die konservativen Wahlcomités, sondern stellten auch das Gros der konservativen Abgeordneten, während unter diesen die konservativen Kernwählerschichten, v.a. die kleinen bäuerlichen Grundbesitzer, eklatant unterrepräsentiert waren. Vielfach hielten sich die Konservativen der ersten Stunde über Jahrzehnte (Spitzenreiter sind Prälat Karlon mit 30 Jahren und der Bauer Bärnfeind mit 26 Jahren) als Landtags- und Reichsratsabgeordnete. In ihren politischen Tätigkeiten sahen sich die Konservativen einzig als Interessenvertretung der bäuerlichen Bevölkerung und blendeten damit völlig die sozialen Anliegen der Arbeiterschaft aus. Erste Versuche Kaplan Wöhrs durch die Gründung eines Arbeiter- und Konsumvereins für die Salinenarbeiter des Ausseerlandes Ende der sechziger / Anfang der siebziger Jahre kamen nach der Versetzung Wöhrs nach Graz wieder zum Erliegen. Immerhin wurde er aber 1878 von der Landgemeindenkurie Irnding in den Landtag gewählt. Ebenso erfolglos blieb der Versuch, in Graz (1869/70) einen katholischen Arbeiterverein zu gründen. Aber selbst innerhalb der Landbevölkerung mußten sich die steirischen Konservativen um die Jahrhundertwende einem neuen, zeitweise extrem erfolgreichen Gegner stellen: Rokitanskys Bauernbündlern,²⁷⁷ die den Konservativen bei den Landtagswahlen von 1902 und 1909 in der Obersteiermark schwere Verluste zufügten. Karlons nicht ganz freiwilliger Rücktritt 1900 setzte den Grundstein zur Fusion mit den Christlichsozialen von 1904,²⁷⁸ die dann auch in der (1904 auch im steirischen Landtag eingeführten) Allgemeinen Wählerkurie erfolgreich um die von den Konservativen so lange ignorierte Arbeiterschaft warben.

²⁷⁶ So berichtet 1871 auch die Statthaltereiregierung 1871, daß nach Maassens und Tewes' Austritt, fast nur mehr Geistliche und Kleingewerbetreibende dem Verein angehörten. Vgl. Statth 5 Ver-764/1871.

²⁷⁷ Vgl. Günter Burkert, Rokitansky, Karl Friedrich, in: ÖBL, Bd.9, 220f; DERS., Karl Friedrich von Rokitansky und sein „Christlicher Bauernbund“, in: Steirischer Bauernkalender 1983, 51-56.

²⁷⁸ Alois Adler, Die Christlichsoziale Bewegung in der Steiermark von den Staendischen Anfaengen zur Volkspartei, phil.Diss., Graz 1956, 140ff.